

Er scheint  
wöchentlich einmal  
in  
Zürich (Schweiz).  
Verlag  
der  
Militärbuchhandlung  
Göttingen-Zürich.  
Postgebühren  
franko gegen franks  
Geldhülle Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

# Der Sozialdemokrat

## Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Donnerstag, 12. Februar

Abonnements  
werden bei allen Schweizerischen  
Postämtern, sowie beim Verlag  
und besten bekannten Agenten  
entgegengenommen, und zwar zum  
voraus zahlbaren  
Wierteljahrspreis von:  
Fr. 2 — für die Schweiz (Reichsbank)  
Fr. 2 — für Deutschland (Gouvern.)  
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gouvern.)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Vereins (Reichsbank).  
Inserate  
die bezugsfähige Zeitzeile  
25 Cts. — 20 Pfg.

№ 7.

1885.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. besetzt wird und der bezüglichen Behörden die nötigen Anträge zu erstatten, ist die Redaktion gezwungen, die Briefe von dort an und unter Umständen auch sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die Redaktion gezwungen, die Briefe von dort an und unter Umständen auch sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die Redaktion gezwungen, die Briefe von dort an und unter Umständen auch sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen.

Es ist möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern es ist möglich an irgend eine unabhängige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs zu schreiben, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, dass auch uns möglichst unverfängliche Adressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich jedoch größter Eile die Kommanoierung. Gebietet an uns liegt, werden wir gewiss weder Wae noch Roer uen um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

### Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemaregelten nicht!

#### Allg. Wahl- und Unterstützungs- u. c. Fond.

Im Januar 1885 gingen ein:  
Schlofshennitz Nr. 25 — Hannover 200 — Halberstadt 40 —  
Rheinberg 238 — Oberlungwitz 10 — Bernhardt, Leipzig  
10 — Mainz 125 — Sch. Berlin 40 — Braunschweig 100 — Köln  
am Rhein 200 — Pforzheim 1 — Revises 20 — Dessau 9 — Anker-  
bagen 5 — Delitzsch 2 50. Boritsch 1 — Berlin 30 — Limbach 100 —  
Dach. H. (Fr. 3 —) 2 40. Stregan 15 40. Köln 200 — und 300 —  
(D). Dreieben 5 — (D). J. S. Winona (1 Doll.) 4 09. Eggelst. (Fr. 1 —) — 80. C. K. B. London: (P. St. 6 10 —) 131 04.  
E. R. Milano (Fr. 1 20) — 96. Dtsch. Arbeiter-Vereins Paris (120 —)  
96 — und für die Dtsch. Genossen (30 —) 64 —. B. Landesauschuss  
Zürich (300 —) 240 —. Lodernde Flamme 1 —. Kellinghufen 7 —.  
Gesellschaft aus der Weinstube Croce Zürich (4 50) 3 80.  
(Fortsetzung folgt.)

blutige Schauspiel einer Hinrichtung, aufgeführt, der Hinrichtung eines Sterbenden!  
Und dieses Schauspiel war angeordnet worden von einem Mann, der selbst schon mit einem Fuß im Grabe steht. Denn man komme uns nicht mit der Rede, daß der Kaiser nur noch das Recht der Begnadigung habe, daß aber das Urtheil auch ohne seine Genehmigung rechtskräftig war. Das ist eine Spitzfindigkeit, welche in unseren heidnischen Verstand nicht hineingeht. Wer durch einen bloßen Federstrich eine Hinrichtung verhindern kann und es nicht thut, der hat sie gewollt, der ist für sie verantwortlich.  
Derselbe Mann, der bei jeder Gelegenheit die Nothwendigkeit der Rückkehr zum positiven Glauben betont, unter dessen Regide das Pfaffenhum in Deutschland herrscht, dieser 87jahrige Mann hat so wenig Vertrauen zu seinem Gott, daß er demselben vorgeht und einem Sterbenden den Kopf abschlagen läst.  
In der That, Reinsdorf hat das richtige Wort gefunden, als er auf dem Schaffot den Ruf ausstieß: Nieder mit der Barbarei!  
Wer kann den Bericht der Hinrichtung der beiden, wegen eines nicht zur Ausführung gelangten Anschlages zum Tode verurtheilten Männer lesen ohne Abscheu gegen die Henker?  
Wir sind Gegner des Mordes und auch der anarchischen Dynamit-Taktik. Wir sind nicht der Ansicht, daß man durch den Appell an die brutale Gewalt, an die rohesten Instinkte der Barbarei ein Ende machen kann, aber das abschuldeste Verbrechen, welches es gibt, ist in unseren Augen der überlegte, mit aller Ruhe ausgeführte Mord — im Namen der Gerechtigkeit.  
Den Mord im Affekt — sei es Leidenschaft, Verzweiflung, Haß — können wir uns erklären, den politischen Mord als letzte Zuflucht der Unterdrückten, denn kein anderes Mittel, zu ihrem Rechte zu gelangen, zu Weisung steht, wird kein Mensch schlechtweg verdammten; der gesetzliche Mord aber, begangen von einer Gesellschaft, die über alle Nachmittel verfügt, die nöthig sind, sich zu schützen, der von den Machtigern ausgeübte Mord ist ein Akt der Barbarei, und um wie viel mehr ein Akt der Barbarei, wenn er verübt wird an jemandem, der absolut unschädlich ist, der so gebrochen ist, daß er, wie Reinsdorf, selbst ein Gnadengesuch einreicht mit dem Hinweis auf seinen leidenden Zustand.  
Dabei wollen wir die Frage ganz unerörtert lassen, inwieweit ein Mensch mit so hoch entwickelter Tuberkulose überhaupt als juristisch verantwortlich betrachtet werden kann. Daß die Schwindsucht in vorgerückten Stadien auch Paralien des Gehirns anzugreifen pflegt, ist eine bekannte Thatsache. Schon diese eine Rücksicht hätte für ein Eingehen auf das Gnadengesuch des todkranken Mannes gesprochen.  
Aber was vermögen alle Gründe der Vernunft, der Menschlichkeit da, wo man nur noch für die Politik der Unterdrückung und Verdammnis hat! Die Proklamirung der „Rückkehr zum Christenthum“ bedeutete nicht die Umkehr zu besseren Sitten, sondern die Rückkehr zu brutaleren Zuständen: zur Intoleranz, zu Ausnahmengesetzen, zur Verschärfung der Strafgesetze.  
Man proklamirte die Religion der Liebe und inauguirte eine Politik des Hasses.  
Das Niederwald-Attentat hat außer bei den Parteigangern der Dynamit-Taktik nirgends Billigung gefunden, die veruchte Explosion in der Festhütte, die bei ihrem Seligen einer großen Anzahl ganz untheilhaftiger Menschen das Leben gekostet hätte, hat allgemeine Entrastung hervorgerufen — wenn etwas im Stande wäre, diesen Eindruck abzuwachen, so war es der am 7. Februar vollzogene Akt der „Gerechtigkeit“. Nicht die Verbrecher — ihre Thaten sind durch ihn justifizirt worden. Nicht nur bei Anarchisten, nein, gerade bei der zum Glück doch noch großen Masse Derer, die trotz der in Deutschland herrschenden geistigen und politischen Reaktion den Sinn für edlere Menschlichkeit noch nicht verloren haben, findet der Ruf des auf das Schaffot geschleppten Reinsdorf den lebhaftesten Widerhall:  
Nieder mit der Barbarei!

die sich heute einbilden, die vorgeschrittensten, die radikalsten aller Sozialisten zu sein, noch in jener Auffassung befangen sind, die Marx schon 1846 als utopisch charakterisirte.  
Das Kapitel beginnt mit einem Zitat aus Proudhon:  
„Jedes Steigen der Löhne kann keine andere Wirkung haben als ein Steigen der Preise des Getreides, des Weines u. c.: die Wirkung einer Zehnerung. Denn was ist der Lohn? Er ist der Kostenpreis des Getreides u. c.; er ist der volle Preis jeder Sache. Gehen wir noch weiter. Der Lohn ist die Proportionalität der Einnahme, die den Reichthum bilden, und die täglich von der Masse der Arbeiter reproduktiv verzehrt werden. Nun, den Lohn verdoppeln... heißt also, jedem Produzenten einen größeren Antheil als sein Produkt zukommen lassen, was ein Widerspruch ist; und wenn die Steigerung nur auf eine kleine Zahl von Industrien sich erstreckt, so heißt es, eine allgemeine Störung im Austausch, mit einem Wort, eine Zehnerung hervorzurufen... Es ist unmöglich, erkläre ich, daß Arbeitseinstellungen, die Lohnerhöhung zur Folge haben, nicht auf eine allgemeine Preissteigerung hinauslaufen: das ist eben so sicher, wie daß zweimal zwei vier ist.“ (Proudhon, 1. Bd. S. 110, 111.)  
„Wir bestreiten — antwortet Marx — alle diese Behauptungen, ausgenommen die, daß zweimal zwei vier ist.  
Erstens gibt es keine allgemeine Vertheuerung. Wenn der Preis aller Dinge gleichzeitig mit dem Lohne um das Doppelte steigt, so ist das keine Veränderung in den Preisen, sondern eine Veränderung in den Ausdrücken. Ferner kann eine allgemeine Steigerung der Löhne niemals eine mehr oder minder allgemeine Vertheuerung der Waaren herbeiführen. In der That, wenn alle Industrien die gleiche Anzahl Arbeiter im Verhältniß zum fixen Kapital (zu den Werkzeugen, die sie verwenden) beschäftigen, so würde eine allgemeine Steigerung der Löhne ein allgemeines Sinken der Profite bewirken, und der Marktpreis der Waaren keine Veränderung erleiden.  
Da indes das Verhältniß der Handarbeit zum fixen Kapital in den verschiedenen Industrien ungleich ist, werden alle Industriezweige, welche ein verhältnißmäßig größeres fixes Kapital und weniger Arbeiter verwenden, früher oder später gezwungen sein, den Preis ihrer Waaren herabzusetzen. Im entgegengesetzten Fall, wenn der Preis ihrer Waaren nicht fällt, wird sich ihr Profit über den durchschnittlichen Profit hinaus erheben. Die Maschinen sind keine Lohnempfänger. Das allgemeine Steigen der Löhne wird somit die Industrien weniger treffen, welche im Verhältniß mehr Maschinen als Arbeiter verwenden. Da indes die Konkurrenz stets die Tendenz hat, die Profite auszugleichen, können Profite, die sich über den Durchschnittsatz erheben, nur vorübergehend sein. So wird, von einigen Schwankungen abgesehen, ein allgemeines Steigen der Löhne, anstatt nach Proudhon einer allgemeinen Vertheuerung, vielmehr ein theilweises Sinken der Preise zur Folge haben, daß heißt, ein Sinken des Marktpreises der Waaren, die vorzugsweise mit Hilfe von Maschinen hergestellt werden.  
Das Steigen und Fallen des Profits und der Löhne bedingen nur das Verhältniß aus, in welchem Kapitalisten und Arbeiter an dem Produkt eines Arbeitsstoffes theilnehmen, ohne in den meisten Fällen den Preis des Produkts zu beeinflussen. Daß aber „Arbeitseinstellungen, die Lohnerhöhung zur Folge haben, auf eine allgemeine Preissteigerung, sogar auf eine Zehnerung, hinauslaufen“ — sind Ideen, die nur dem Hirn eines unverständenen Poeten entspringen können.  
In England sind die Streiks regelmäßig Veranlassung zur Erfindung und Anwendung neuer Maschinen gewesen. Die Maschinen waren, man darf es behaupten, die Waffe, welche die Kapitalisten anwendeten, um die Revolte der Geschick erfordern Arbeit niederzuschlagen. Die selbstacting-mules, die größte Erfindung der modernen Industrie, schlug die rebellischen Spinner aus dem Felde. Hätten Gewerkschaften und Streiks keine andere Wirkung als die, mechanische Erfindungen gegen sich wachzurufen, schon dadurch hätten sie einen ungeheuren Einfluss auf die Entwicklung der Industrie ausgeübt.“  
Wir überbringen nun eine Stelle, die nur für die Leser des ganzen Buches Interesse hat, und knüpfen an ein zweites Zitat aus Proudhon an.  
„Der Streik der Arbeiter ist illegal, und es ist nicht nur das Strafgesetz, welches das verbotet, sondern auch das ökonomische System, die Nothwendigkeit der bestehenden Ordnung... Daß jeder einzelne Arbeiter freie Verfügung über seine Person und seinen Arm hat, kann gebildet werden: aber daß der Arbeiter mittelst Koalitionen dem Monopol Gewalt anzuethun sich erschreckt, kann die Gesellschaft nicht zugeben.“ (Bd. 1, S. 237 und 235.)  
„Herr Proudhon — antwortet Marx — will uns einen Artikel des Strafgesetzbuches als ein allgemeines und notwendiges Resultat der Verhältnisse der burgertlichen Produktion aufstehen.  
„In England sind die Koalitionen durch eine Parlamentsakte autorisirt, und es war das ökonomische System, welches das Parlament gezwungen hat, diese Autorisirung von Gesetzeswegen zu verkleiden. Als im Jahre 1825 das Parlament unter dem Minister Quilston die Gesetzgebung abändern mußte, um sie mehr und mehr mit einem aus der freien Konkurrenz hervorgegangenen Zustand der Dinge in Einklang zu setzen, mußte es nothwendig alle Gesetze abschaffen, welche die Koalitionen der Arbeiter verboten. Je mehr die moderne Industrie und die Konkurrenz sich entwickeln, desto mehr Elemente treten auf, welche die Koalitionen hervorzurufen und führen; sobald die Koalitionen eine ökonomische Thatsache geworden sind, von Tag zu Tag an Bestand gewinnend, kann es nicht lange dauern, bis sie auch eine gesetzliche Thatsache werden.“  
„Somit beweist der Artikel des Codes pénal höchstens, daß die moderne Industrie und die Konkurrenz unter der Konstituante und dem Kaiserreich noch nicht genügend entwickelt waren.“

### Nieder mit der Barbarei!

Am vergangenen Sonnabend wurden im Zuchthaus zu Halle zwei Menschen ermordet — „von Rechtswegen.“  
Wir meinen die Hinrichtung der beiden Anarchisten Kuler und Reinsdorf.  
Als vor wenigen Tagen die Nachricht durch die Presse lief, daß der Zustand Reinsdorf's, dessen hochgradige Schwindsucht bereits vor Gericht konstatiirt worden war, sich so verschlechtert habe, daß sein Ableben jeden Augenblick zu gewärtigen sei, da war allgemein die Ansicht verbreitet, man werde so vernunftig, um nicht zu sagen so menschlich, sein und davon absehen, einen Sterbenden auf das Schaffot schleppen zu wollen.  
Nahe Gemuter, die so dachten!  
Sie kennen den Geist unserer Herrschenden schlecht. Was Vernunft, was Menschlichkeit! — es mußte ja ein Exempel statuirt werden!  
Es ist die barbarischste Auffassung des Strafrechts, welche heute im aufgeklarteten Deutschland an der Tagesordnung ist.  
Man unterscheidet im Allgemeinen drei Theorien, welche im Laufe der Zeiten dem Strafrechte zur Grundlage dienten.  
Die roheste, die im ganzen Mittelalter maßgebend war, war die famose Abschreckungstheorie. Die Strafe sollte vor der Befolgung des schlechten Beispiels abschrecken. Diese Theorie ist natürlich nur möglich, wenn man von den wirklichen Ursachen der Verbrechen keine Ahnung hat, sondern den Menschen als von Natur an böſe annimmt.  
Ein etwas vorgeschrittener Standpunkt spricht von der Strafe lediglich als Sahne, es ist die sogenannte Gerechtigkeitstheorie.  
Aber mit der Gerechtigkeit ist es ein eigen Ding, die Begriffe über das, was gerecht ist, wechseln, und so hat sich denn in diesem Jahrhundert eine edlere Auffassung Geltung verschafft, welche die Strafe vorzugsweise als Mittel der Besserung betrachtet wissen will.  
Wir wollen hier nicht in eine Untersuchung über die weitere Bedeutung dieser Theorie eintreten, wir zählen sie nur des Vergleiches halber auf.  
Es ist klar, daß die Todesstrafe mit der Besserungstheorie absolut unvereinbar ist, da sie ja gerade jede Möglichkeit einer Besserung abschneidet, sie läst sich nur unter dem Gesichtspunkte der Sahne und der Abschreckung motiviren.  
Der Abschreckung!  
Brauchen wir noch ein Wort zu verlieren zur Widerlegung der kindischen Auffassung, als ob man durch Abschreckung Verbrechen verhindern könne? Wir brauchen gar nicht auf das Beispiel früherer Jahrhunderte zurückzublicken, die neueste Zeit gerade hat uns den drastischen Beweis geliefert, wie wenig die Abschreckungstheorie auszurichten vermag.  
Nach einer mehrjährigen Pause, während welcher der Todesstrafenparagrah außer Wirksamkeit getreten, todter Buchstabe geworden war, wird seit einigen Jahren wiederum in Preußen-Deutschland gedroht, des Beispiels, der Abschreckung halber. Hat diese neue Praxis etwa eine Besserung in der Zahl der schweren Verbrechen zur Folge gehabt? Mit Nichtem, eher noch das Gegentheil! Wir sehen heute ebensobiel, vielleicht noch mehr von Raubmorden als zuvor.  
Und die Sahne?  
Nun, es ist bezeichnend, daß just dieselben Leute für die Todesstrafe als Sahne für ein begangenes Verbrechen eintreten, die sich der Anhängerschaft einer Religion rühmen, in der es heißt: „Die Rache ist mein, spricht der Herr.“ Die Sahne ist ein Akt der Vergeltung, der Rache. Es sind die Anhänger der „Religion der Liebe“, welche am Sonnabend das

### Wie Karl Marx im Jahre 1846 über Streiks und Arbeiter-Koalitionen dachte.

Im Verlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart ist vor einiger Zeit eine Streitschrift in deutscher Uebersetzung erschienen, welche Marx 1846 gegen Proudhon geschrieben, als Antwort auf dessen „Philosophie des Elends oder System der ökonomischen Widersprüche“.  
Es ist nicht unsere Absicht, diese Abfertigung des damals für einen Ultrarevolutionar gehaltenen Vertreters des kleinburgertlichen Sozialismus, der Marx mit dem ihm eigenen Sarkasmus den Titel: „Das Elend der Philosophie“ gab, hier ihrer ganzen Bedeutung nach zu würdigen, wir wollen vielmehr nur als Probe dafür, wie klar Marx zu jener Zeit über die wirklichen Kämpfe der Gegenwart zur metaphysisch-utopistischen Spekulation der zeitgenosslichen Sozialisten dachte, das Schlusskapitel: „Streiks und Arbeiterkoalitionen“ theilweise abdrucken. Es wird sich dabei nicht nur zeigen, wie sehr der Verlauf der Geschichte Marx Recht gegeben hat, sondern auch, wie sehr gewisse Leute,

### Kolonialpolitik und Dampfersubvention.

(Eingekandt.)  
In den letzten Nummern des Parteiorgans ist dieses Thema von verschiedenen Gesichtspunkten beleuchtet worden.  
Der Zweck war, zu entscheiden, ob unsere Abgeordneten für oder gegen diese Vorlagen, vornehmlich aber die letztere, zu votiren haben.  
Ich glaube, daß es auch mir gestattet sein wird, meine Meinung in dieser Frage abzugeben.  
Ich lebe zwar im Ausland, doch wird das hochstlich nicht Ursache sein, mir das Recht der Meinungsäußerung zu schmälern. Denn obgleich es unbestritten ist, daß uns im Ausland lebenden Genossen die Detailkenntni der Dinge, wie sie sich in der Heimath abspielen, abgeht, so wird doch Niemand bestreiten können, daß wir vielleicht gerade deshalb, weil freier und unbeeinträchtigt von diesen alltäglichen kleinen und großen

Plakate, in der Lage sind, die Dinge ausschließlich und allein vom prinzipiellen Standpunkt aus zu beurteilen.

Ich werde mit dem Artikel von W. L. in Nr. 2 beginnen.

In diesem wird zunächst behauptet, daß, wenn unsere Vertreter für die Dampferjubiläum ganz oder teilweise stimmen, dies dem bekannnten Kongressbeschlusse von Kopenhagen nicht widerspreche, indem es sich doch nicht um eine prinzipielle Frage im strengeren Sinne des Wortes handle.

Ich meine nun, daß es überhaupt schon nicht thunlich ist, von Prinzip im strengen und weiteren Sinne zu sprechen, denn wenn wir diese Unternehmung erst als berechtigt anerkennen, dann sind wir meiner Meinung nach auf dem besten Wege, daß wir eines schönen Tages unser Prinzip so weit auflassen, daß innerhalb dieser „Weite“ Platz für alles Mögliche ist.

Ich meine, es gilt hier nicht zu entscheiden, ob es eine Prinzipienfrage im weiteren oder strengeren Sinne ist, sondern einfach, ob es eine Prinzipienfrage ist.

Ist es dies — und ich bin der Meinung, daß es eine solche ist — dann haben unsere Abgeordneten den Kongressbeschlusse zu beachten.

Weiterhin ist im angezogenen Aufsatz die Rede, daß man unter gewissen Voraussetzungen dafür stimmen könne, nämlich dann, wenn die Regierung uns gewisse Garantien und Requirale dafür biete, und es wird nun der Vorschlag gemacht, von der Regierung 4—5 Millionen für Arbeiterassoziationen u. v. zu verlangen.

Ich muß gestehen, als ich Solches gelesen, war ich ziemlich perplex, solche Vorschläge im Ernste von einem Genossen zu hören.

Statt aller weitgehenden Erörterungen möchte ich nur an zwei Dinge erinnern.

Als vor langen Jahren (damals marschirte die Partei noch in getrennten Lagern) die Milliardensitzung im Reichstag auf der Tagesordnung stand, sprach Genosse Hasencloer für Einführung des Volksherees und bemerkte dabei, daß wir unter Umständen auch mit uns handeln ließen, und auch eine Verfüzung der Dienstzeit akzeptieren würden.

Ein Theil der damaligen Parteipresse kritisierte dies „mit sich handeln lassen“ auf das Allerhöchste und nicht immer in anständiger Weise.

Damals aber waren wir noch nicht geächtet, noch nicht durch ein inoffizielles Ausnahmengesetz unserer bürgerlichen Rechte beraubt, damals konnte man wenigstens noch mit einer „anständigen“ Regierung „handeln“, und man fand es doch schon für unecht, daß ein Abgeordneter mit sich handeln lasse; jetzt aber macht man uns denselben Vorschlag, wenn auch für eine andere Sache, und heute müßten wir handeln mit einer schuftigen Regierung.

Weiter bringt man uns allen Ernstes den Vorschlag mit den 4—5 Millionen zu Assoziationen. Hier frage ich einfach:

- 1) Will man denn wirklich vom heutigen Staat, von dem miserablen preußisch-deutschen Polizeistaat, Subvention annehmen?
- 2) Will man denn wirklich mitten in die heutige kapitalistische Produktionsweise hinein mit unseren Produktiv-Genossenschaften, mitten hinein in die Schmutz- und Schwundelkonturen der heutigen Ausbeuter?
- 3) Denkt man gar nicht daran, daß diese Großkapital-Schwundel Alles daran setzen werden, um durch Schmutz- und Schwundelkonturen unsere Genossenschaften zu ruinieren, um hinterher den Beweis zu liefern, daß es nichts mit unserem Prinzip sei?
- 4) Kann man uns wirklich solche Vorschläge machen, wenn man vorher nur diese nächstliegenden Punkte in's Auge gefaßt hat?

Bzüglich dieses Punktes will ich nur wieder an jene Zeit erinnern, wo die Partei in Deutschland in zwei Lagern marschirte. Damals wurde von einem Theil unserer Presse in der schärfsten Weise gegen solche Projekte polemisiert, und was damals galt, gilt auch heute noch:

„Wir wollen nichts vom heutigen Staat, wir bewilligen ihm aber auch nichts.“ Damit basta!

Ich schreibe diesen Theil mit den umgekehrten Worten des Artikels: „Ich glaube, daß wir gut thun, diesem Vorschlag keine Beachtung zu schenken, wer dann schreiben will, daß wir über der Zukunft die Gegend wart verpassen, der mag immerhin schreiben, er wird uns nicht bedauern.“

Ich komme nun zu dem Artikel in Nr. 5 von J. A.

Genosse J. A. sieht in der Dampferjubiläum eine Hebung des Verkehrs und Förderung der Werke des Friedens.

Auf die Gefahr hin, mich auch der Besichtigung der Kolonialpolitik mit der Dampferjubiläum schuldig zu machen, behaupte ich, daß das Resultat nicht Werke des Friedens, sondern Werke des abschaulichsten Krieges sein werden.

Beweise für diese Behauptung wird wohl Niemand von mir verlangen, sie liegen überall klar zu Tage, man braucht nur wissen zu wollen, und man weiß.

Freund J. A. betrachtet die projektirten Dampferlinien als Kulturträger; es liegt mir fern, dies bestreiten zu wollen, sie könnten wenigstens Kulturträger sein. Was ich aber bestreite, ist, daß das, was diese Einrichtungen tragen oder tragen sollen, überhaupt Kultur ist.

Auch hier bin ich der Beweisführung wohl überhoben, ich brauche nur auf England zu verweisen: Schwert, Kanonen, Pulver und Blei, Schnaps und die Bibel, das ist die Kultur, die von diesen Einrichtungen getragen wird.

Vielleicht sagt nun hier der Eine oder Andere: Ja, das ist wohl wahr, aber dann müßen wir alle dergleichen Dinge verdammen. Darüber ließe sich viel schreiben, es genügt aber für meinen Zweck, zu sagen, wir sollen nicht mitgehen, der Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen, denn solange alle diese Einrichtungen Monopol der Geldgötzen sind, werden sie keine Träger wahrer Kultur sein, und der Arbeiterstand als solcher wird keine Vortheile daraus ziehen. Wäre Letzteres der Fall, so müßte England ein wahres Eldorado für die Arbeiter sein, und doch ist wohl in keinem Lande der Arbeiterstand im Verhältnis miserabler gefaßt wie hier, nirgends mehr Armuth wie hier.

Bzüglich dieses Punktes möchte ich noch auf die Fußnote der Redaktion betreffen des Bremer Lloyd hinweisen.

Ich meine, uns muß daran liegen, daß die heutige Gesellschaft sich so schnell wie möglich abwickelt. Wir haben also alles das zu thun, was diesen Prozeß beschleunigt, und alles das zu unterlassen, was zur Verlängerung desselben beitragen kann.

Der Schlußsatz des Artikels versichert uns, daß unsere Abgeordneten nur nach reiflicher Ueberlegung handeln werden. Das ist erfreulich, entbehrt aber nicht der Verpflichtung, selber zu denken und unsere Meinung abzugeben. Denn als Sozialdemokraten dürfen wir zunächst nicht Andere für uns denken und machen lassen, sondern müssen dies selbst besorgen, und unsere Vertreter sollen nur die Ausführer des Parteiwillens sein.

Endlich meint Freund J. A., daß alles das, was „im Kulturinteresse geschieht, auch im Interesse der Arbeiter ist.“

Dies mag richtig sein in einer sozialistisch organisierten Gesellschaft, unter der heutigen Schandwirtschaft aber trifft das durchaus nicht zu. Deute ist meistens das Gegenteil der Fall.

\*) Wir sind nicht ganz der Meinung des Genossen K. Wir haben den betreffenden Passus so verstanden, daß er nach Ansicht des Verfassers die einzige Bedingung angibt, unter welcher wir uns nicht von vornherein der Dampferjubiläum ablehnend gegenüberstellen, sondern an eine Diskussion derselben eintreten könnten. Er war nicht an die Adresse der Gegner der Vorlage gerichtet, um diese unzustimmen, sondern an die Anhänger derselben.

Für die grundsätzlichen Gegner der Dampferjubiläum stand er daher von vornherein außer Frage. Dies auch der Grund, weshalb die Redaktion des „Sozialdemokrat“ sich nicht veranlaßt sah, Stellung zu ihm zu nehmen.

Ob nun die Arbeiter vom heutigen Staat — ein Unterschied zwischen der Regierung von 1874 und heute besteht für uns nicht — Unterstüzungen annehmen können, kommt nach unserer Ansicht ganz auf die Bedingungen und Umstände an. Daß sie sie in gegebenen Fällen zu fordern haben — bei Arbeitslosigkeit u. v. — dafür werden wir stets eintreten.

Wir bewilligen dem heutigen Staat nichts — ganz recht. Aber nichtsdestoweniger besteht er und nimmt ganz gehörig von den Arbeitern. Warum sollen ihn daher diese Schande ignorieren, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind. Das kann nur der verlangen, der der famosen Theorie vom Sprung in's sozialistische Jenenseits huldigt.

Wir verwerfen die Staatshilfe für die Arbeiter nur dann, wenn sie denselben Verpflichtungen auferlegt.

Die Redaktion.

Diesbezüglich verweise ich nur auf die stetigen Fortschritte auf dem Gebiete des Maschinenwesens und der Technik im Allgemeinen. Alle Fortschritte auf diesem Gebiete sind eminente Kulturfortschritte, aber daß sie unter der heutigen Miswirtschaft auch im Interesse der Arbeiter liegen, wird wohl kein Sozialist bei reiflichem Nachdenken behaupten wollen.

In einem Punkte bin ich mit dem Genossen J. A. einverstanden, nämlich daß auch ich nicht eine so große Gefahr in einer Meinungsverschiedenheit unserer Abgeordneten für die Partei sehen kann. Ich bin der Ansicht, daß, wo Meinungsverschiedenheiten wirklich schwerwiegend werden, die Partei kräftig genug ist, eventuelle störrische Elemente auszuschreiben (siehe den Fall Daffelmann und später Kittinghausen) — die Partei wird aber intakt bleiben. H. R.

### Sozialpolitische Rundschau

Zürich, 11. Februar 1885.

— Die recht wir hatten, als wir uns den Nachrichten über den angeblichen Attentat des Kumpfs, Julius Dieck, gegenüber skeptisch verhielten, jetzt sieht mit jedem Tage deutlicher. Während es anfangs hieß, Dieck sei bereits rekonvalescent und quasi überführt, wird jetzt eingeräumt, daß es noch an jedem Beweismittel gegen ihn fehle. Und aus der einzigen Thatsache, daß Dieck jegliche Auskunft über seine Person verweigert, ist noch kein Schluß auf die Thäterschaft zu ziehen.

Wiener Blätter, die sich in solchen Dingen allerdings von jeher mehr durch Phantasie als durch Wahrheitsliebe auszeichneten, haben berichtet, daß Dieck in Untersuchungsgelängnis einer wahren Tortur unterworfen werde, um aus ihm Geständnisse herauszupressen. Namentlich werde er häufig Rechts gemockt und schloßtraflich einem peinlichen Verhör unterworfen. Vom Untersuchungsrichter ist die Wahrheit dieser Nachricht entschieden in Abrede gestellt worden, was natürlich noch kein Beweis von ihrer Unwahrheit ist.

Uns selbst schreibt man aus Frankfurt am Main in dieser Sache:

„Das Klapperfeld“, wo der angebliche Attentäter sitzt, ist von vierfachen Posten besetzt, in der Umgebung darf kein „Kendepous“ abgehalten werden. Die umliegenden Gebäude sind nach Dynamit untersucht worden. Bisher 200 fremde Spitzel sind hier, worunter manchmal alte Bekannte von Dresden, Berlin u. gefunden werden.

Nach dem Berliner Enten-Tagblatt waren die meisten Beteiligten bei der Verurteilung von Kumpfs Sozialdemokraten mit blauen Bloufen. Jamos! Vielleicht meint der Korrespondent dieses und anderer auswärtiger Blätter (für die hiesige Presse darf er nicht schreiben, da dieselbe schweigen muß, und so geht er auswärts sein Brod verdienen) die Trambahn- und Eisenbahnarbeiter, welche gezwungen wurden, mitzugehen. Selbst die Kuegerle trieb unsere Leute nicht dahin... Der Korrespondent weiß, wie wir über die Sache denken, und sollte er es nicht wissen, so legen es ihm die hiesigen Spießbürger, die in diesem Punkte mit uns derselben Meinung sind. Spähestens werden wir Ihnen ein Exemplar der Grabsrede des Pfaffen v. Seydewitz, die im Druck erschienen ist, für das Archiv senden, und Ihnen zugleich an einigen Beispielen nachweisen, wie loyally Kumpfs gegen uns war.

R. K. Die Debatte über den Belagerungszustand, oder richtiger über die „Denkschriften“ der preussischen Regierung und des Hamburger Senates betreffend die Verlängerung des über Berlin und Hamburg-Altona verhängten Belagerungszustandes fand am Sonnabend, den 3. Januar, statt.

Als erster Redner unserer Partei sprach Singer, welcher die Denkschrift, soweit sie Berlin angeht, einer scharfen Kritik unterzog, aber die Materie auch von höheren allgemeinen Gesichtspunkten behandelte. Er zeigte den flagranten Widerspruch, der darin liegt, daß die Reichsregierung einerseits für die Sozialreform eintritt, andererseits diejenige Partei unter ein Ausnahmengesetz stellt, von welcher Bismarck selbst erklärt hat, daß ihr die Initiative in der Sozialreform zu verdanken ist.

Im Lauf seiner sehr wirkungsvollen Rede kam Singer auch auf die famose Abstimmung der deutsch-freimüthigen Partei in Sachen des Sozialistengesetzes zu sprechen und verurtheilte die zweideutige Haltung der Deutsch-freimüthigen. Natürlich geschah auch der absolute Willkür Erwähnung, mit der die Berliner Polizei bei dem Verbot und der Auflösung der Versammlungen zu verfahren pflegt. Namentlich beschuldigte Redner sich mit jener Versammlung, in welcher das Resultat der letzten Berliner Stichwahlen verhandelt werden sollte, und die den Anlaß zu der durchaus ungerechtfertigten Ausweisung des Stadtverordneten Ewald bot.

Herr von Puttkamer machte sich die Antwort außerordentlich leicht. Die Polizei habe einfach ihre Pflicht gethan, und was Ewald anbetreffe, so habe derselbe die Leidenchaften geschürt, und, statt zu beschwichtigen, Del ins Feuer gegossen — eine Behauptung, die der Wahrheit geradezu im Gesicht schlägt. Er versicherte übrigens, die Ausweisung Ewald's sei dem Polizeipräsidenten „sehr schwer gemorden“, was insofern nicht ganz unwohl ist, als der Polizeipräsident gar nicht daran dachte, Ewald auszuweisen, und erst durch Herrn v. Puttkamer dazu gezwungen wurde.

Somit gab Puttkamer sich die äußerste Mühe, der Sozialdemokratie ein freundliches Gesicht zu schenken. Die Regierung wünsche sehrlich die Aufhebung des Ausnahmengesetzes, — nur müßten die Sozialdemokraten sich gut aufführen, mit ihrer revolutionären Vergangenheit drosen, und was derlei Nebenarten weiter sind. Das Sozialistengesetz, meinte der brave Staatsreiter, habe eine vortheilhafte „erzieherische“ Wirkung gehabt, früher sei es unbenutzbar gewesen, daß die sozialdemokratische Fraktion mit einem Arbeiterschutzgesetz, wie dem selben eingebracht, hervorgerufen sei. Dieses Arbeiterschutzgesetz sei durchaus gemüthigt und hätte auch von der rechten Seite des Hauses kommen können — eine Aeußerung, über welche die Herren Konserpativen nicht wenig erstaunt waren, und an die wir den konserpativen Minister von Puttkamer gelegentlich erinnern werden. Nicht minder getungen war die Prophezeiung, aus der sozialdemokratischen Partei werde sich mit der Zeit vielleicht eine radikale Bourgeoispartei entwickeln. — Alles natürlich unter dem „erzieherischen“ Einflusse des wunderthätigen Sozialistengesetzes.

Die Zukunftsphantasien des Herrn von Puttkamer begeisterten seinen Partiegenossen von Kölller (der „immer toller“ wird) zu einer wahren Dregie des unfreiwillig-komischen Witzes.

Genosse Frohne, der als zweiter Redner unserer Partei nach diesem heiteren Reichstagsabend das Wort erblieb, machte dem heiteren Junker in gefährlicher Weise den Standpunkt klar, und beschäftigte sich mit dem edlen Geschlecht der Spitzel und agents provocateurs, die durch das Sozialistengesetz massenhaft gezüchtet werden. Er gab ferner sehr eingehende Details über die Handhabung des „Kleinen“ in Hamburg-Altona, und beschloß endlich aus eigener Anschauung die Vorommnisse in jener Versammlung, die für die Ausweisung Ewald's den Vorwand bildeten.

Herr von Puttkamer hatte inzwischen seine erkünstelte Ruhe abgestreift; er wollte Frohne widerlegen und verteil in seine alten Gewohnheiten und — Ungeheulichkeiten.

Nachdem er in seiner ersten Rede die Sozialdemokratie für so zahm erklärt hatte, daß sie auf der rechten Seite des Hauses sitzen könne, meinte er jetzt, wir hätten den Dolch für Kumpfs mitgeschliffen, denn — wir sympathisiren mit dem Mörder. Zum Beweise dieser sympathischen Dolchschleiferei verlas er eine Notiz des „Sozialdemokrat“, betreffend das Frankfurter Attentat, ließ aber sorgfältigweise mit der ihm eigenen „Moralität“ und „Moral“ die wichtigsten Stellen weg.

Diese Fälschung durfte nicht unbestraft bleiben. Liebnecht, der ihm folgte, konstatirte zunächst die Unterschlagung, indem er die ausgelassene Stelle verlas, in welcher die Verantwortlichkeit für den Kumpfs und den Kumpfsstücker dem Herrn Puttkamer und den Genossen zugeschleudert wird, und führte diesen Gedanken hernach in seiner Rede aus. Er drehte gegen Puttkamer den Spieß vollständig um, bezeichnete diesen nebst Bismarck und Kompagnie als „Räuber“ der Anarchisten, und wies nach, daß nur die organisierte Sozialdemokratie uns noch von dem Rißkismus trenne.

Herr von Puttkamer setzte die Fälschung ein und — schwieg, das Geschickste, was er thun konnte.

Hätte er überhaupt „geschwiegen still, und den Mund gehalten sein“, dann wäre es besser für ihn gewesen.

Seine eigenen Parteifreunde gestehen zu, daß der ziegeltüchtige Tugendbold mit seiner Dolchschleiferei sich entsetzlich blamirt hat. Jedenfalls war Sonnabend, der 21. Januar, ein Tag, mit dem die deutsche Sozialdemokratie zufrieden sein kann.

— Die oben erwähnte Aeußerung Singer's bezüglich der famosen Abstimmung deutsch-freimüthiger Abgeordneter gelegentlich der vorjährigen Abstimmung über das Sozialistengesetz führt zu einer äußerst amüsanten Episode. Herr Eugen Richter mit dem bekannten Unersfrohensitz läugnete nämlich die Abstimmung. Er mußte sich aber selbst rektifiziren. Nachdem er anfänglich erklärt hatte, „weder von Seite des Parteivorstandes, noch von Seiten der geschäftsführenden Ausschüsse sei „abkommandirt“ worden, mußte Herr Richter, durch Singer mit Hinweis auf einen Brief des ehemaligen fortgeschrittenen Abgeordneten Kämpfer gezwungen sein Dementi dahin einzuräumen, daß er nur noch von Abstimmungen Seitens des „Partei Vorstandes“ sprach. Der bei der letzten Wahl durchgefallene deutsch-freimüthige Abgeordnete Otto Hermes, von dem ein solcher Abstimmungsbrief vorhanden und in sicherer Besitz ist, gehörte nämlich zwar nicht dem Parteivorstande, aber dem „geschäftsführenden Ausschusse“ als Schriftführer an.

In der äußersten Verlegenheit wollte Herr Eugen Richter sich durch die Erklärung: „wir werden es nie wieder thun!“ aus der Affäre ziehen; die bösen Sozialdemokraten gaben ihm aber ihre respektvolle Zweifel so deutlich zu erkennen, daß er zuletzt das Bezweiflungsgeländ ablegte, er selbst wenigstens werde nie für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen, und wenn die deutsch-freimüthige Partei sich in dieser Frage abermals spalten sollte, werde er — Eugen Richter — ihr nicht mehr angehören. Somit wäre also Eugen Richter persönlich angezogen — sonst nichts. Denn daß etwa anderthalb Duzend seiner jetzigen Fraktionsgenossen unter seinen Umständen gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes, und theilweise positiv für die Verlängerung stimmen wollen und werden, steht fest und ist dem Herrn Eugen Richter ebenso wohl bekannt wie uns! Er könnte also leicht die unangenehme Lage geraten, zwischen Wortbruch und Austritt aus seiner Fraktion wählen zu müssen.

Der Postetat führte, wie immer, zu einer ziemlich langen Debatte in welche verschiedene Seiten unserer Genossen eingegriffen wurden. Unter Anderem brachte Liebnecht die Postspizelei zur Sprache, während Bollmar für die so stiefmütterlich behandelten niederen Postbeamten eintrat. Ersterer verlangte Befreiung der ungelieblichen (von 1879 von ihm zur Sprache gebrachten) Befreiung vom 6. Februar 1879, durch welche die Postspizelei förmlich legalisirt und organisiert ist. Es versteht sich, daß „das hohe Haus“ diese stahlbaltige Befreiung sein ließ, und die Dinge gemüthlich in der Schoß legte. Sogar Herr Windthorst, der vor sechs Jahren ein Abänderung für notwendig erklärt hatte, blieb diesmal mausestills. Auch die Frage der Sonntagsruhe kam bei dem Postetat zur Sprache. Es braucht nicht herangezogen zu werden, daß unsere Abgeordneten — selbstverständlich unter Ausschreitung des religiösen Elements — im Prinzip für die Sonntagsruhe eintraten.

— 8. Der Eindruck der letzten Belagerungszustand Debatte war durchweg ein der Sozialdemokratie günstiger, und zwar innerhalb sowohl als außerhalb des Reichstags. Was zunächst den Reichstag selbst betrifft, so blieben die Puttkamer'schen Reden, trotz der trampfahnen Gemüthsstimmung des Genannten, ohne allen und jeglichen Effekt; es kam nicht einmal zu einem Auktionserfolg. Und nur einmal, bei einer deklamatorisch-pathetischen Kraftstöße, die von der Dolchschleiferei handelte, rafften sich einige Rationalisten und Konserpativen zu einem pflichtschuldig-patriotischen Bravo auf, erschrauden aber über den Schall ihrer eigenen, traurig vereinsamten Stimmen, und sahen einander erschrocken an, wie Schulkinder, die auf einer Dummheit ertappt worden sind. Am verlegensten war Herr von Puttkamer, der doch sonst nicht gerade zu den verächtlichsten Jungfrauen gehört und „einen zu guten Geschmack“ hat, um so leicht aus der Fassung zu kommen.

Mitglieder aller Parteien, die uns feindlichstimmig eingeschlossen, sprachen sich während und nach der Sitzung dahin aus, daß Puttkamer „schwach“ gewesen sei, und daß, wenn man nichts Besseres für den Belagerungszustand zu sagen wisse, man lieber den Belagerungszustand aufhebe, oder wenigstens den Mund halte.

Genau, Herr von Puttkamer hat sich blamirt und wider Willen für die bösen Sozialdemokraten Stimmung gemacht. „Das war das letzte Mal!“ meinte ein konservativer Abgeordneter. Nämlich, daß der Reichstag sich mit dem Belagerungszustand zu beschäftigen habe. Das gute Mann lebt allerdings in einer naiven Illusion, wenn er glaubt der Reichstag werde das Sozialistengesetz abschaffen, sobald er sich von dessen Unzulässigkeit oder Gemeinlichheit überzeugt habe. Diese Ueberzeugung ist bei den meisten Reichstagsabgeordneten längst vorhanden — man braucht nur die Deutschen unter vier Augen zu sprechen — und doch wurde vor dreierlei Jahren das Sozialistengesetz mit großer Majorität erneuert. Und so wird es auch wieder geschehen. Für den Eindruck der Puttkamer'schen Rede und der ganzen Belagerungszustand Debatte ist die Aeußerung aber charakteristisch.

Nach günstiger haben die Debatten im Publikum nicht verkehrt. Aus Kreisen, von denen man sich früher solcher Rundgebungen nicht versehen hätte, sind den sozialdemokratischen Abgeordneten die lebhaftesten Sympathieäußerungen zugegangen.

Und namentlich findet es allseitige Zustimmung, daß das Frankfurter Attentat, sammt allem „Anarchistischen“, einzig und allein auf das Sozialistengesetz zurückzuführen ist, ohne dasselbe nicht möglich wäre.

— Der Reichstag wird sich wahrscheinlich im letzten Drittel des Februar bis nach Ostern verlagern. Der Plan Bismarck's, die Posttarifnovelle rasch durch das Plenum peitschen zu lassen (ohne Kommissionsberatung) und dann vor Ostern die Session zu beschließen, wird sich aller Voraussicht nach nicht verwirklichen. Wenigstens scheint es als wolle die Majorität sich auf die Hinterfüße stellen.

— Die Engländer sind im Sudan in einer höchst fatalen Situation. Das Expeditionskorps Wolseley's war bis wemigen Tages nach vor Agartum angefangen, als General Wilson die überraschende Kunde brachte, daß die Festung in den Händen des Mahdi sei, und der fromme Hell Gordon entweder gefangen oder todt. „Betracht“ von Seiten eines Paschas habe den Truppen Ahmed's die Thore geöffnet. Natürlich war dieser Erfolg des Mahdi dessen Ansehen in den Augen der ganzen Bevölkerung bedeutend gehoben, so daß die Engländer froh sein können, wenn Wolseley und seine Truppen nicht doch noch das Schicksal des Hids'schen Korps theilen werden.

Wir sind zu wenig Freunde vom Blutergießen, um überhaupt an einem Siege, wenn die Sache nicht eine über jeden Zweifel erhabene gute ist, eine besondere Freude empfinden zu können, aber wir müßten doch sagen, daß die Engländer, d. h. die Anführer der egyptischen Unruhen, den Schlag, der sie getroffen, wohl verdient haben. Freilich, die Sache der Menschheit hat durch diesen Sieg der Sudanese wenig gewonnen, denn wenn dieselben auch für ihre Freiheit kämpfen, so ist doch ihre Freiheit gleichbedeutend mit grausamer Unterdrückung der nichtarabischen Bevölkerung im Umkreise ihrer Macht. Wir können uns daher auch nicht zur Bestimmungshöhe der Bismarck'schen Reptilien aufschwingen, welche über die Schlappe der Engländer ein wahres Jubelgeschrei angestimmt haben.

— Ein „echter Hohenzoller“ Bergangenen Sonnabend fand auf der Werrä in Kiet die „Laufe“ einer Kreuzerrevue statt mit obligatem Festschmaus — natürlich deret, die nicht an ihr gebaut. Zu diesem Festschmaus brachte Wilhelm, vorläufig noch Prinz, so „Gott“ mit, aber derents König von Preußen, das ebenso obligate doch auf der Kaiser aus, wovon wir natürlich keine Notiz nehmen würden, wenn es sagtes doch nicht gar zu charakteristisch für den hoffnungslosen Jüngling wäre.

Da heißt es J. A.: „Wäge es auch diesem Kreuzer vergönnt sein, in späteren Tagen, von kundiger Hand und sicherem Auge geführt, zu Schre des Kaisers und des Reichs den Feinden vorzunehmen den Angehörigen Schutz zu bringen. Wäge es seiner künftigen Dejakung gelingen, jenen guten, strammen, preußischen Geist der Disziplin, der unbedingten Gehorsams und der aufopfernden, hingebenden Tapferkeit zu beweisen, wie derselbe sich schon öfters und noch in jüng

Der Zeit hat am heutigen einen Kommandantur zu werden. Die oben erwähnte Aeußerung Singer's bezüglich der famosen Abstimmung deutsch-freimüthiger Abgeordneter gelegentlich der vorjährigen Abstimmung über das Sozialistengesetz führt zu einer äußerst amüsanten Episode. Herr Eugen Richter mit dem bekannten Unersfrohensitz läugnete nämlich die Abstimmung. Er mußte sich aber selbst rektifiziren. Nachdem er anfänglich erklärt hatte, „weder von Seite des Parteivorstandes, noch von Seiten der geschäftsführenden Ausschüsse sei „abkommandirt“ worden, mußte Herr Richter, durch Singer mit Hinweis auf einen Brief des ehemaligen fortgeschrittenen Abgeordneten Kämpfer gezwungen sein Dementi dahin einzuräumen, daß er nur noch von Abstimmungen Seitens des „Partei Vorstandes“ sprach. Der bei der letzten Wahl durchgefallene deutsch-freimüthige Abgeordnete Otto Hermes, von dem ein solcher Abstimmungsbrief vorhanden und in sicherer Besitz ist, gehörte nämlich zwar nicht dem Parteivorstande, aber dem „geschäftsführenden Ausschusse“ als Schriftführer an. In der äußersten Verlegenheit wollte Herr Eugen Richter sich durch die Erklärung: „wir werden es nie wieder thun!“ aus der Affäre ziehen; die bösen Sozialdemokraten gaben ihm aber ihre respektvolle Zweifel so deutlich zu erkennen, daß er zuletzt das Bezweiflungsgeländ ablegte, er selbst wenigstens werde nie für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen, und wenn die deutsch-freimüthige Partei sich in dieser Frage abermals spalten sollte, werde er — Eugen Richter — ihr nicht mehr angehören. Somit wäre also Eugen Richter persönlich angezogen — sonst nichts. Denn daß etwa anderthalb Duzend seiner jetzigen Fraktionsgenossen unter seinen Umständen gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes, und theilweise positiv für die Verlängerung stimmen wollen und werden, steht fest und ist dem Herrn Eugen Richter ebenso wohl bekannt wie uns! Er könnte also leicht die unangenehme Lage geraten, zwischen Wortbruch und Austritt aus seiner Fraktion wählen zu müssen. Der Postetat führte, wie immer, zu einer ziemlich langen Debatte in welche verschiedene Seiten unserer Genossen eingegriffen wurden. Unter Anderem brachte Liebnecht die Postspizelei zur Sprache, während Bollmar für die so stiefmütterlich behandelten niederen Postbeamten eintrat. Ersterer verlangte Befreiung der ungelieblichen (von 1879 von ihm zur Sprache gebrachten) Befreiung vom 6. Februar 1879, durch welche die Postspizelei förmlich legalisirt und organisiert ist. Es versteht sich, daß „das hohe Haus“ diese stahlbaltige Befreiung sein ließ, und die Dinge gemüthlich in der Schoß legte. Sogar Herr Windthorst, der vor sechs Jahren ein Abänderung für notwendig erklärt hatte, blieb diesmal mausestills. Auch die Frage der Sonntagsruhe kam bei dem Postetat zur Sprache. Es braucht nicht herangezogen zu werden, daß unsere Abgeordneten — selbstverständlich unter Ausschreitung des religiösen Elements — im Prinzip für die Sonntagsruhe eintraten. — 8. Der Eindruck der letzten Belagerungszustand Debatte war durchweg ein der Sozialdemokratie günstiger, und zwar innerhalb sowohl als außerhalb des Reichstags. Was zunächst den Reichstag selbst betrifft, so blieben die Puttkamer'schen Reden, trotz der trampfahnen Gemüthsstimmung des Genannten, ohne allen und jeglichen Effekt; es kam nicht einmal zu einem Auktionserfolg. Und nur einmal, bei einer deklamatorisch-pathetischen Kraftstöße, die von der Dolchschleiferei handelte, rafften sich einige Rationalisten und Konserpativen zu einem pflichtschuldig-patriotischen Bravo auf, erschrauden aber über den Schall ihrer eigenen, traurig vereinsamten Stimmen, und sahen einander erschrocken an, wie Schulkinder, die auf einer Dummheit ertappt worden sind. Am verlegensten war Herr von Puttkamer, der doch sonst nicht gerade zu den verächtlichsten Jungfrauen gehört und „einen zu guten Geschmack“ hat, um so leicht aus der Fassung zu kommen. Mitglieder aller Parteien, die uns feindlichstimmig eingeschlossen, sprachen sich während und nach der Sitzung dahin aus, daß Puttkamer „schwach“ gewesen sei, und daß, wenn man nichts Besseres für den Belagerungszustand zu sagen wisse, man lieber den Belagerungszustand aufhebe, oder wenigstens den Mund halte. Genau, Herr von Puttkamer hat sich blamirt und wider Willen für die bösen Sozialdemokraten Stimmung gemacht. „Das war das letzte Mal!“ meinte ein konservativer Abgeordneter. Nämlich, daß der Reichstag sich mit dem Belagerungszustand zu beschäftigen habe. Das gute Mann lebt allerdings in einer naiven Illusion, wenn er glaubt der Reichstag werde das Sozialistengesetz abschaffen, sobald er sich von dessen Unzulässigkeit oder Gemeinlichheit überzeugt habe. Diese Ueberzeugung ist bei den meisten Reichstagsabgeordneten längst vorhanden — man braucht nur die Deutschen unter vier Augen zu sprechen — und doch wurde vor dreierlei Jahren das Sozialistengesetz mit großer Majorität erneuert. Und so wird es auch wieder geschehen. Für den Eindruck der Puttkamer'schen Rede und der ganzen Belagerungszustand Debatte ist die Aeußerung aber charakteristisch. Nach günstiger haben die Debatten im Publikum nicht verkehrt. Aus Kreisen, von denen man sich früher solcher Rundgebungen nicht versehen hätte, sind den sozialdemokratischen Abgeordneten die lebhaftesten Sympathieäußerungen zugegangen. Und namentlich findet es allseitige Zustimmung, daß das Frankfurter Attentat, sammt allem „Anarchistischen“, einzig und allein auf das Sozialistengesetz zurückzuführen ist, ohne dasselbe nicht möglich wäre. — Der Reichstag wird sich wahrscheinlich im letzten Drittel des Februar bis nach Ostern verlagern. Der Plan Bismarck's, die Posttarifnovelle rasch durch das Plenum peitschen zu lassen (ohne Kommissionsberatung) und dann vor Ostern die Session zu beschließen, wird sich aller Voraussicht nach nicht verwirklichen. Wenigstens scheint es als wolle die Majorität sich auf die Hinterfüße stellen. — Die Engländer sind im Sudan in einer höchst fatalen Situation. Das Expeditionskorps Wolseley's war bis wemigen Tages nach vor Agartum angefangen, als General Wilson die überraschende Kunde brachte, daß die Festung in den Händen des Mahdi sei, und der fromme Hell Gordon entweder gefangen oder todt. „Betracht“ von Seiten eines Paschas habe den Truppen Ahmed's die Thore geöffnet. Natürlich war dieser Erfolg des Mahdi dessen Ansehen in den Augen der ganzen Bevölkerung bedeutend gehoben, so daß die Engländer froh sein können, wenn Wolseley und seine Truppen nicht doch noch das Schicksal des Hids'schen Korps theilen werden. Wir sind zu wenig Freunde vom Blutergießen, um überhaupt an einem Siege, wenn die Sache nicht eine über jeden Zweifel erhabene gute ist, eine besondere Freude empfinden zu können, aber wir müßten doch sagen, daß die Engländer, d. h. die Anführer der egyptischen Unruhen, den Schlag, der sie getroffen, wohl verdient haben. Freilich, die Sache der Menschheit hat durch diesen Sieg der Sudanese wenig gewonnen, denn wenn dieselben auch für ihre Freiheit kämpfen, so ist doch ihre Freiheit gleichbedeutend mit grausamer Unterdrückung der nichtarabischen Bevölkerung im Umkreise ihrer Macht. Wir können uns daher auch nicht zur Bestimmungshöhe der Bismarck'schen Reptilien aufschwingen, welche über die Schlappe der Engländer ein wahres Jubelgeschrei angestimmt haben. — Ein „echter Hohenzoller“ Bergangenen Sonnabend fand auf der Werrä in Kiet die „Laufe“ einer Kreuzerrevue statt mit obligatem Festschmaus — natürlich deret, die nicht an ihr gebaut. Zu diesem Festschmaus brachte Wilhelm, vorläufig noch Prinz, so „Gott“ mit, aber derents König von Preußen, das ebenso obligate doch auf der Kaiser aus, wovon wir natürlich keine Notiz nehmen würden, wenn es sagtes doch nicht gar zu charakteristisch für den hoffnungslosen Jüngling wäre. Da heißt es J. A.: „Wäge es auch diesem Kreuzer vergönnt sein, in späteren Tagen, von kundiger Hand und sicherem Auge geführt, zu Schre des Kaisers und des Reichs den Feinden vorzunehmen den Angehörigen Schutz zu bringen. Wäge es seiner künftigen Dejakung gelingen, jenen guten, strammen, preußischen Geist der Disziplin, der unbedingten Gehorsams und der aufopfernden, hingebenden Tapferkeit zu beweisen, wie derselbe sich schon öfters und noch in jüng

ber Zeit — durch die Macht der Tradition erhalten — so schön bewahrt hat! Meine Herren, ich glaube, daß niemand unter uns ist, der sich nicht am heutigen Tage dankend an jenen Mann erinnern wird, dem die Marine ihre Grundzüge und vor allem ihren Geist verdankt! Ich meine jenen braven, ritterlichen, alleseitig verehrten Hohenzollern, den Admiral Prinz Adalbert! Was dieser hohe Herr damals mit der noch jungen preussischen Marine schon zu leisten vermochte, beweist das Wort, wie er seine Aufgabe zu lösen verstand. Mit weitem Blick und Hohenzollern-Ruth pflanzte er die Tradition des Großen Kurfürsten und seiner Befehlshaber fort, und hellleuchtend, in Flammengügen und anspornend, reden zu uns von ihm die Namen Tres-Fortas, Jasmund, Helgoland.

Kann mich wirklich recht starkes Geruchsnetzen haben, um eine so heilig duffende Selbstherrlichkeit loslassen zu können. Hohenzollern-Ruth, wie Hohenzollern, wie ann-utbig! Natürlich darf auch der Prinz auf den „unbedingten Gehorsam“, den der preussische Soldat diesen müthigen Hohenzollern schuf und der sich erst in jüngster Zeit so „schön bewahrt“ hat, nicht fehlen. Es muß in der That sehr schön gewesen sein, als die Befragung des „Bismarck“ am Kamerunfluß von Kommando verschiedener Regimentsführer niederbrannte und soviel „Feinde“ vernichtete als nur irgend möglich. „Ihr könnt Euch gar nicht vorstellen, wie wir gegen die Regier gehaust haben“ — diese Worte aus dem Briefe eines Matrosen an seine Angehörigen lassen darüber keinen Zweifel aufkommen.

Was nun den braven Prinzen Wilhelm anbetrifft, so wollen wir ihm allerdings nicht abreden, daß er ein echter Hohenzoller ist, er hat das nach verschiedenen Seiten hin schon bewiesen. Er ist noch ziemlich jung, und doch weiß man in Potsdam schon recht viel von seinen liebsten und würdigen Eigenschaften zu erzählen. So berichtet Jena von der schönen Tochter des Rüstmeisters R. . . . vor dem Brandenburgerthor, daß sich der Prinz gar herablassend gegen sie gezeigt, und faunt über die „wunderbare Wendung durch Gottes Fügung“, daß besagte Rüstertochter am gleichen Tage wie die Prinzess Wilhelm eines Kindes gewar, was aber mit dem sechsten Gebot nicht das Mindeste zu thun hat. Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben.

Andere wissen wiederum von einem Fräulein Helene Handstraße zu berichten, die jetzt in Ruendorf bei Potsdam residirt, nachdem sie „ihre Helene“ auf Betreiben der Kronprinzessin in die Potsdam herabgegrault worden ist. Ein Bruder dieser Dame war Schreiber bei einem Rechtsanwalt gewesen, aber wegen einer — Verletzung zum Zerkel gefügt worden. Er hat eine nützliche Verwendung auf der Polizeidirektion gefunden, denn „wer den Papst zum Better hat, kann Kardinal noch werden!“

Das und Ähnliches erzählt man sich vom echt hohenzollern'schen Privatleben des zukünftigen „von Gottes Gnaden“. Was nun die militärischen Leistungen anbetrifft, so hat er bisher nur Gelegenheiten gehabt, solche auf dem Exerziersplatz zu betätigen. Da aber sind wir aus authentischer Quelle, nämlich von Soldaten, die der Ehre theilhaftig wurden, vom Prinzen Wilhelm „gedrückt“ zu werden, unterrichtet, daß derselbe es in dieser Beziehung mit dem „kommissarischen Unteroffizier habe aufnehmen können. Die Schafskopf, Dohle u. s. seien nur so geflogen. Also auch in dieser Beziehung ein echter Hohenzoller!

Die Ignoranz unserer Gegner tritt bei Beurtheilung des von unseren Abgeordneten im Reichstag eingebrachten Arbeiterschutzgesetzes in wahrhaft komischer Weise zu Tage. Daß der Gesetzentwurf durchaus „praktisch“ ist, das heißt sich vollständig auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse bewegt, und vor allen Dingen nichts „Revolutionäres“ im Phantasiegebilde des Wortes enthält, das kann von unseren Gegnern beim besten Willen nicht geleugnet werden. Und da müssen wir denn um jeden Preis irgend etwas herausschaffen, was den sozialdemokratischen Antrag vom Standpunkt der bürgerlichen Welt aus unannehmbar erscheinen läßt.

Man hat auch in der That etwas herausgefunden. Eine Forderung soll in dem Antrag sein, welche den extremsten Sozialismus involviert und mit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung sich in keiner Form und auf keinen Fall verträgt.

Was aber ist diese extrem sozialistische, mit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung unvereinbare Forderung?

Keine, mein lieber Leser.

Kein — laß es sein, Du wirst es nimmer errathen; und so sei es denn gleich gesagt:

Der Minimallohn!

Das hätten sich die französischen „Minimalisten“ nie träumen lassen, daß ihre Forderung, welche ihnen von allen sozialistischen Seiten nur Angriffe, Spott und Hohn eingebracht hat, jetzt einmal von der bürgerlichen Presse des Volkes der Denker und Gelehrten — das sich doch auf derartige Dinge verstehen muß — für ultra- und extrem sozialistisch erklärt und in Bann gethan wird.

Der Minimallohn sozialistisch!

Wir hatten uns bisher in dem Wahne gewiegt oder hatten geträumt, der Minimallohn sei in den alten Zeiten, und namentlich in der guten alten Jungfräulein und Sophien schon einmal Gesetz gewesen — in jener guten alten Zeit, wo die Preise aller Waaren von der hohen Obrigkeit bestimmt waren, und unter anderen Waaren folgerichtig auch die menschliche Arbeit.

Es war ein Traum, ein Traum, und obendrein kein sonderlich schöner. Herr Ackermann aber, der große Junstapostel, der denselben Traum geträumt hat und mit vollen Segeln auf die obrigkeitliche Tarifbestimmung der Preise und den Minimallohn lossteuert, wird entsetzlich verblüfft sein, wenn er jetzt einmal erfährt, daß das phantastische Ziel, das er sich gesteckt hat und das mit anderen Junstherrlichkeiten in seinen Konsequenzen auch den Minimallohn einschließt, eigentlich nur auf einer optischen und historischen Täuschung beruht, und daß die Tausende von Chroniken und sonstigen Schriftstücken, welche von der Junstherrlichkeit mit obligatem Minimallohn reden, eitel Blendwerk der Hölle sind.

Der arme Ackermann!

Doch Spah bei Seite!

Den Minimallohn als eine extrem-sozialistische Forderung hinstellen, das ist wahrhaftig ein starkes Stück.

Es liegt ja in der Natur der Dinge, daß die sozialdemokratische Fraktion bei der Entwerfung ihres Arbeiterschutzgesetzes von jeder Prinzipienreiterei absehen und, ohne das Prinzip zu opfern, den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen mußte. Sie wollte von vorneherein dem Stimmende vorgeben, wie seien entweder unfruchtbar oder unfruchtbar utopisch. Deshalb wurde der zehn stündige Arbeitstag anstatt des neun- oder acht stündigen (oder noch kürzeren) Arbeitstages angenommen; man sagte sich, das Scheinbare Weniger sei hier das wirkliche Mehr.

Der einzige Punkt, gegen den ernsthaft prinzipielle Bedenken erhoben wurden, war der — Minimallohn. Es wurde geltend gemacht, daß der Minimallohn das „Recht auf Arbeit“ bedinge, daß er ohne dies, d. h. ohne die Garantie fester Arbeit, keinen Sinn habe, und daß, wenn einmal der Staat die Arbeit „garantirt“ und im Interesse der Gesamtheit sozialistisch organisierte, der Minimallohn dann ganz überflüssig sei.

Indes die Mehrheit der Fraktion war der Meinung, daß die praktischen Vortheile die prinzipiellen Bedenken aufwiegen, und so kam der Minimallohn in diesen Entwurf.

Daß aber gerade diese Forderung von unseren Gegnern als ultra- oder extrem sozialistisch herausgegriffen worden ist und demgemäß als „gehört zum Humor der Weltgeschichte“.

Die Kreisshauptmannschaft Leipzig hat sich das Verdienst erworben, die Broschüre „Reporter und Sozialist“ und das Organ unserer amerikanischen Genossen, den „Sozialist“, welcher bereits eine Verbreitung von 4000 Exemplaren hat, durch ein Verbot in weitesten Kreisen zu empfehlen.

p-n. Ein beredtes Zeichen für den in Deutschland herrschenden erbärmlichen Servilismus und Byzantinismus ist das Sammeln für ein Ehrengeschenk für den großen Otto. Wo es gilt, Charakterlosigkeit zu zeigen, sind die Nationalliberalen und — die deutschen Studenten immer am Platz; die wenigen Ausnahmen können wir nicht rechnen, und diese thun noch am besten, wenn sie das Streberthum ganz sich selbst überlassen. Von Breslau ergeht jetzt ein Aufruf an die Studenten, beizutragen zu dieser Ehrengabe, der mit dem üblichen Phrasenwerk vermischt ist. Die gesinnungslosen Streber wenden sich mit viel Bedauern an die Jugend, „der die Zukunft gehört.“ Dieser Satz hat uns auch begabt. Es fragt sich nur, welcher Jugend, ob der der Bour-

geoisjüngchen oder der Arbeiterjugend. Nun, wir dächten, der letzteren, und diese wird hoffentlich bald ein so kräftiges Wort mitreden, daß den freibühnen Bourgeoisjüngchen ein Licht ausgehen dürfte.

Der Bettelesack für das Ehrengeschenk für Bismarck wird übrigens auch im Ausland geschwungen, und auch Zürich hat sein Bismarckkomitee, das wahrhafte Reueanstrengungen macht, um eine möglichst hohe Summe für den Bismarckfonds zusammenzubringen. Das werden denn nicht bloß Deutsche, sondern auch Schweizer barangirt, für den größten Staatsmann des Jahrhunderts einen milden Beitrag zu leisten. Ein Schweizerbürger nun, der nicht bloß dem Namen nach Republikaner ist, hat den Herren eine verbe Antwort auf ihr Bettelesack gegeben. Er sei ein armer Proletarier, schrieb er ihnen, und könne daher kein Geld senden, aber um ihnen seinen guten Willen zu zeigen, sende er ihnen in einem belagerten Paket ein Geschenk, welches Bismarck, der ja Papierfabrikant sei, gewiß gut verwenden könne.

Die Bygonomien der Komiteemitglieder sollen sich beim Deffnen des besagten Paketes bedeutend verlängert haben.

Sein Inhalt bestand nämlich aus — Lumpen!

Zur Charakteristik der Krieger-, auch Kameradschafts-, Vereine. Aus Apolda erhalten wir folgende Zuschrift: An unser Parteiorgan Zürich! Sie werden verwundert sein, einen Bericht aus Köln von hier aus zu erhalten. Zur Klärung diene Ihnen Folgendes: In unserer Branche (Zuckerwarenfabrikation) ist es gebräuchlich, von September bis Ende Dezember überzuarbeiten; dann tritt saure Zeit ein, und die will ich benützen, um meinen überanstrengten Körper in meiner Heimat etwas wieder ins Gleichgewicht zu bringen, zugleich benutze ich meine Ruhe, um Ihnen Folgendes einzufenden:

Sozialdemokraten werden nicht zugelassen! Dieses Feldgesetz zu hören hatte ich Gelegenheit an einem Abende in den ersten Tagen des Monats September vorigen Jahres, als die Stadt Köln resp. deren Vertreter vollaus zu thun hatten mit den Vorbereitungen zum Empfang ihres „allerhöchsten Heidenkaisers“, des „Erzingers“ aller glorieichen Siege. Hatten doch die Väter der Stadt das respectable Gummichen von 30,000 Mark zu jenem Festtage bewilligt. An dem obenwähnten Abend hatte der Vorsitzende des deutschen Kriegervereins, seines Zeichens Volkstretungsbeamter, ein Wortfänger como il faut! — eine Anzahl hoffnungsvoller Bourgeoisjüngchen, Referentoffiziere, die sich um die Mitgliedschaft des Vereins bewarben, bejaht Aufnahme, sowie zu einer Besprechung in Sachen der Empfangsfeierlichkeiten in den Garten des Vereinslokals, in dem ich zugegen war, geladen. Im Lauf der Verhandlung nun wurde an den obenwähnten Vorstand des Vereins die Frage gerichtet, wie viel Kriegervereine in der Stadt existierten, und ob die Teilnahme der auswärtigen Vereine als eine rege zu begünstigen sei. Da ergab sich der Herr Präsident und sprach würdevoll: „Meine Herren! Unser Verein repräsentirt in seinen Mitgliedern nur die besseren Stände der Stadt und der nächsten Umgebung, weshalb wir auch arme Kameraden, welche im Voraus eine demüthigste Unterstellung, wie sie unser Vereinsstatut in sich schließt, in Aussicht stellen, prinzipiell nicht aufnehmen. Erst kürzlich“ — fuhr der große Geist fort — „meldete sich bei mir ein hiesiger armer Kamerad, und zwar im Besitz von acht Orden; diesen hätten wir wohl mit Rücksicht auf seine Dekorationen aufgenommen, allein ich drachte in Erfahrung, daß sein Weib nicht mit in den Vereinsversammlungen an den Tischen unserer besseren, ja sogar feineren Damen sitzen könne, weil es seinen Erwerb als Marktfrau (Höckerin) auf dem Markt sucht. Ich theilte deshalb dem Respektanten eine abschlägige Antwort mit.“ Armer, bedauernswerther Kamerad! Ich dich nach einer „besseren“ Hausfrau um, wenn du in das Meer der patriotischen Patrioten eintreten willst! Die zweite Frage beantwortete der gentile Redner dahin, daß die Beteiligung der Bezirksvereine vorausgesetzt stark werde und er mehrere Vereine, die dem Verband nicht angehörten, abgewiesen habe. „Denn, meine Herren, sollen wir Vereine, wie zum Beispiel Voll und Ring (zwei Ortsgassen bei Köln), welche aus lauter Sozialdemokraten zusammengesetzt sind, zu einer so hochwichtigen Feierlichkeit zulassen, bei der ich als Kommandeur des großen Ganzen die Verantwortung habe? Wer bürgt mir dafür, daß nicht bei dem Umzug von den Reiten der Sozialdemokraten heraus gestossen wird? Nein, Sozialdemokraten werden nicht zugelassen!“

Nun, besser können die Leistungen der Kriegervereine nicht gekennzeichnet werden, als es der Herr Präsident selbst gethan hat. Und obgleich jener große Geist noch so schöne patriotische Reden reden kann, so scheint er doch im Entferntesten keine Ahnung davon zu haben, daß es die wirklichen Sozialdemokraten absolut unter ihrer Warte erachten, irgend welchem Kriegerverein beizutreten, und daß sie daher gar nicht zugelassen werden wollen.

Mit genossenschaftlichem Gruß! Ewigtreu.

Das Attentat auf O'Donovan Rossa zeigt so recht handgreiflich die Abgesamtheit der Dynamit Taktik, so wie sie von diesem Herrn betrieben, oder doch ihm zugeschrieben wird. Vielleicht fälschlich. Denn man weiß ja, daß er ein sehr großer Prachthans ist — gleich andern Hänsen. Wir machten schon früher darauf aufmerksam, daß eine solche Taktik, welche sich nicht gegen die Feinde richtet, sondern unterschiedlos jeden Engländer bedroht, mit Notwendigkeit die englischen Volksmassen erbittern und zu Repressalien oder Zynismus gegen die Irländer führen muß. Es ist wirklich zum Bewundern und zum Bewundern, daß es in England noch zu keiner Trennung gekommen ist. Die junge Engländerin aber, welche sich entschloß, an O'Donovan Rossa zur Charlotte Corday zu werden, hat ihm in der denkbar drähslichsten Weise seine Dynamit Taktik ad absurdum geführt. Wenn der Mann und seine Genossen lernfähig sind, dann werden sie jetzt begreifen haben, daß sie bisher auf dem Holzwege waren, und mit ihrer blödsinnigen „Taktik“ nur das Gegenteil dessen herbeiführen können, was sie erstreben.

Offentlich geht die Lehre nicht verloren.

Die russischen Agenten, von denen Friedrich Engels die jüngsten Londoner Dynamit Attentate verübt glaubt — eine Annahme, die sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich hat — werden sich selbstverständlich an der ferneren Ausübung ihres wohlbezahlten Handwerkes nicht hindern lassen.

Rückwärts, rückwärts, Don Rodrigo! Herr Br. Schäffle hat den gegenwärtigen Moment für geeignet erachtet, eine Broschüre über die „Ausichtslosigkeit der Sozialdemokratie“ vom Stapel zu lassen, in welcher er für seine quasi sozialistischen Auslassungen in der „Quintessenz“ und im „Bau und Leben des sozialen Körpers“ hübsch pastor peccavi sagt. Desgleichen hat Herr J. Wiede, weiland Herausgeber der „Neuen Gesellschaft“, in einer „Das Recht auf Arbeit“ betitelten Schrift seine Kapitulation vor St. Bismarck vollzogen.

Die Herren haben ganz recht. Die Zeiten des platonischen Sozialismus sind vorüber; jetzt heißt's Harde denken: proletarischer Sozialismus oder mehr oder minder verhärmte Bismarckerei. Vertreter des proletarischen Sozialismus sind aber weder Herr Schäffle noch Herr Wiede je gewesen.

Die Schrift des Letzgenannten ist Duzendmaße, wir verspüren daher keinen Anlaß, auf sie einzugehen, dagegen werden wir uns in der nächsten Nummer mit Herrn Schäffle näher zu befassen haben, dessen Schrift gewissen Leuten sehr bequem gekommen ist und daher auch einiges Aufsehen erregt hat.

In deutschen Arbeiterblättern finden wir als einen Zeugen zu Gunsten des Minimallohns den „konservativen“ Kobbertus angeführt, und insbesondere dessen Ausspruch, daß der Normalarbeitstag ohne entsprechende Festsetzung des Lohnes keinen Sinn habe.

Ohne auf die Frage der Minimallohne hier näher eintreten zu wollen, möchten wir doch davor warnen, sich in die Frage der Arbeiterschutzgebung auf die Zeugenschaft von Kobbertus zu berufen. Bei den Herren Konservativen wird man dadurch schwerlich etwas erreichen, denn erstens würden sie keinen Anstand nehmen, Kobbertus, selbst wenn er ihr Parteigenosse gewesen wäre, zu desavouieren, wo er etwas besäuswortet, was ihren Interessen widerspricht, zweitens aber kann man Kobbertus gar nicht einen Konservativen im Sinne der Herren nennen, welche in den Parlamenten die konservative Partei bilden. Wie er vielmehr über diese dachte, geht aus seinem Ausspruch über den Klub der Landwirthe hervor, dem sie fast durch die Nase angehängt, und den er den „Klub der Ignoranten“ nannte.

Es ist so der Hinweis auf Kobbertus in Bezug auf die Durchföhrung der Minimallohne von höchst problematischem Nutzen, so ist er dagegen in Bezug auf den Normalarbeitstag geradezu gefähr-

lich. Kobbertus wirft beide Fragen zusammen, behauptet, eine könne nicht ohne die andere geregelt werden, wir aber haben alles Interesse daran, sie getrennt zu halten, damit nicht die Gegner des Normalarbeitstages sich hinter die Minimallohne verhehlen können. Der Normalarbeitstag, wie ihn jeder vernünftige Mensch versteht, und wie er auch im Gegenwurf unserer Abgeordneten präparirt ist — das heißt als Maximalarbeitstag, ist auch ohne Regulirung der Löhne durchführbar, das hat das Beispiel der Schweiz immerhin beweisen, und daran müssen wir unbedingt festhalten, wie ja auch im Arbeiterjugendtag der Normalarbeitstag nicht nur mit Recht an ganz besonderer Stelle figurirt, sondern auch als allgemeines Gesetz genau fixirt ist, während die Festsetzung von Minimallohnen den Arbeitssammern zugewiesen werden soll.

Lassen wir also hier den Kobbertus aus dem Spah.

In Gumbinnen hat die dritte Wählerabtheilung jüngst einen Sozialdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Es rückt!

In Paris ist am vergangenen Montag wieder einmal die Gesellschaft gerettet worden. Bekanntlich existiren zwei Arbeitslosen Komitees, das eine aus den Delegirten der Syndikatskammern u. s. w. zusammengesetzt, welches die früher erwähnten Forderungen zur Abhilfe der Krisis an Regierung, Parlament und Gemeindevorstellung gestellt hat, und ein anarchisches, das „nur Revolution“ will und immer dann auf dem Blase ist, wenn es gilt, die Schritte des ersterwähnten Komitees zu durchkreuzen.

Dieses Komitee nun hatte zu Montag ein Meeting unter freiem Himmel in der Avenue de l'Opera abgerufen, was für die Polizei eine erwünschte Gelegenheit war, eine Reihe von Verhaftungen vorzunehmen, und die Passanten — es hatten sich natürlich nur Neugierige eingefunden — nach Polizeimanier zu brutalisieren. Weiter hatte die Gesellschaft keinen Zweck.

England. Von einem deutschen Genossen in London, dessen Ehrenhaftigkeit für uns keinem Zweifel unterliegt, erhalten wir eine längere Zuschrift gegen die in Nr. 3 des „Sozialdemokrat“ veröffentlichte Korrespondenz über die Spaltung in der englischen sozialistischen Partei. Wir würden keinen Augenblick zögern, ihr Aufnahme zu gewähren, wenn wir nicht befürchten mühten, daß sich an sie eine längere Polemik knüpfen werde, als sie der Raum unseres Blattes gestattet. Wir glauben deshalb der Pflicht der Unparteilichkeit zu genügen, wenn wir das Schreiben des Genossen C. B. insofern resümieren, daß derselbe die Berechtigung aller gegen Hundmann erdrossenen Bormärse bestrittet, und insbesondere den Austritt der Majorität des Exekutivrats aus dem Verbande der Federation lebhaft mißbilligt. Dadurch habe dieselbe jüst das Gegentheil von dem bewirkt, was sie habe erzielen wollen. Zum Schluß meint der Genosse, daß trotz der Spaltung, oder vielleicht gerade wegen der Spaltung noch mehr gearbeitet werden dürfte als zuvor. Das wünschen und hoffen auch wir.

## Korrespondenzen.

p-n. Königsberg i. Pr., 31. Januar. Das Arbeiterschutzgesetz ist von den Sozialdemokraten nun im Reichstage eingebracht. Einige Mittheilungen über den Inhalt desselben waren ja schon früher in die Oeffentlichkeit gedrungen und haben auch unserer „Königsberger Hart Jtz.“ Veranlassung gegeben, sich über dasselbe zu äußern. Wir sind nun durchaus der Meinung, daß der Raum des Parteiorgans im Allgemeinen viel zu schade ist, als daß man jedem beliebigen Kläffer aus der reaktionären Meute in demselben Gehör schenken sollte. Hier machen wir einmal eine Ausnahme: Besagte Zeitung ist nämlich „deutsch freisinnig“ und zeichnet sich durch einen hohen Grad von Berlogenheit aus, was neben den andern Zeitungen im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte immerhin schwer ist; außerdem ist sie Organ unseres Reichstagsabgeordneten Köller, der in ihm seine „Welsheit“ allen seinen Parteianteragenen zur Anbetung und allen Sozialisten zur Bewundrung preisgibt. Dieses edle Würstblatt schreibt nun, daß in diesem Gesetz der Zwiespalt, der durch die Taktik unserer Partei hindurchgeht, sich in voller Deutlichkeit zeige, wir wollten „gemäßigt“ sein und können doch unsere „wirklichen Tendenzen“ nicht verleugnen. Him, dam, dam, him! Die Abkommandirten beim Sozialistengesetz, die Unfallslandväter in punkto des zweiten Direktors reden von Zwiespalt der Parteitaktik! Wer nimmt sich heraus, zu behaupten, daß wir „gemäßigt“ sein wollen? Wir sind Revolutionäre und keine Gefinnungsstumpen, wir vergessen nicht, was die Regierung der Brutalität“ uns gethan und wie die „Lumpenbunde“, um mit Bollmar zu reden, uns beschimpfen und beschimpft haben. Wir fassen keine Hand, die uns schlägt, und lassen uns von keinem Karaffierstiefel, und mag ihn auch ein brutaler Junfer tragen, treten. Der Sozialdemokrat, der „gemäßigt“ sein wollte, würde wohl bald schlimme Erfahrungen machen und leben, daß die Arbeiter nicht hinter ihm sind. Wenn wir auf hören, Revolutionäre zu sein, hören wir überhaupt auf zu sein! — Die Bestimmungen über das Arbeitsamt u. s. w. nennt das „freisinnige“ Würstblatt rein agitatorisch und bezeichnet sie als ausschließlos. Nun, das Blatt und seine Hintermänner müssen es ja wissen. Hier können einmal alle Phrasengeiden und „Arbeiterfreunde“ zeigen, ob sie wirklich den Arbeitern etwas anderes als Zudeck und Beißche geben wollen. Sie werden die Probe nicht bestehen, die ganze reaktionäre Woge wird sich nicht bestehen, und die Arbeiter werden sich zusammenschlagen und sich selbst nehmen müssen, was man ihnen nicht gutwillig gibt.

Arbeiter von Königsberg! Ihr habt am 28. Oktober und 11. November einen guten Anfang gemacht. Laßt Euch die Gemeinheiten der „freisinnigen“ Gesellschaft zum Sporn dienen, wütht rüstig weiter, dann nehmen wir nach drei Jahren das saubere Rest aus, und Königsberg ist unser!

Gaarden bei Kiel. Der Wahlkampf ist vorüber, darum ist es auch an der Zeit, daß die Gaardener Genossen einmal im Parteiorgan von sich hören lassen. Trotz der sehr regen und eifrigen Agitation seitens unserer Genossen in Kiel, Reumünster, Rendsburg und hier ist es uns diesmal noch nicht gelungen, in der Stichwahl die Hochburg der Liberalen zu nehmen und den freisinnigen Dr. Hänel zu fügen. Der Grund liegt zum größten Theil darin, daß alle Wählerversammlungen verboten wurden. Auch unsere Zusammenkünfte schnüffelte die Polizei aus, kam aber leider zu spät. Es haben hier und in unserm Nachbarorte Elsebeck Berechnungen wegen Verbreitung der Wahlflugblätter stattgefunden, welche aber für die Polizei ganz resultatlos verliefen; und weil man sich auch demüthigt ist, daß die große Masse der hiesigen Bevölkerung sozialistisch gesinnt ist, stand man daon ab, die Geister auf's Keuzerke zu treiben.

Es war wirklich ein Hochgenus für uns, zu sehen, wie sich unsere Gegner in ihren Zeitungen blamirten, aus Angst und Furcht vor dem bösen „rothen Gespenst“. Der Inhaber der „Köler Volkszeitung“ verweigerte den Gaardener Genossen sogar die Aufnahme einer Wahl-Annonce, was seinem Wilsch aber sicher nicht zum Vortheil sein wird.

Professor Hänel, unser „Wahlkampf-Kandidat“, der uns zur Zeit im Reichstag tritt, kann sich dessen gewiß nicht rühmen, daß er seinen Sitz im Reichstage Kiel und der nächsten Umgebung zu ver danken hat; er ist hier auf der ganzen Linie geschlagen; so hat er denn, da der 7. schleswig-holsteinische Wahlkreis mit einer sehr großen Landbevölkerung verbunden ist, die Hochburg nach dort verlegt; und in Wirklichkeit haben ihm seine „braven Bauern“ auch diesmal wieder zum Siege verholten. Die arbeitende Landbevölkerung in unserm Wahlkreise muß sich ja unbedingt dem braven „Großbauern“ fügen, sonst ist es auf den meisten Ortsgassen um ihre Existenz geschehen.

Doch die Genossen hier haben wacker gekämpft trotz Versammlungsverbot und Polizeihäfen.

Wir erklären hier in dem 8000 Einwohner zählenden Gaarden bei der ersten Wahl für unseren Genossen Stephan Deinel aus Kiel 1085 Stimmen, bei der Stichwahl 1186 Stimmen. Unsere Stimmzahl wäre gewiß noch eine größere gewesen, wenn nicht gerade zur Zeit der Wahl in Folge der Weichheitskrise im Schiffbau auf der „Dowald'schen Werft“ Dittschdorf und hier auf der „Kaiserlichen Werft“ massenhafte Arbeiterentlassungen stattgefunden hätten, und von den Betroffenen Siele, um auswärts Arbeit zu suchen, unsern Ort verlassen mühten.

Ihr aber, Arbeiter Gaarden's, die ihr noch immer unhätig auf uns, die wir stets im Kampfe stehen, blüht, an euch richten wir die Auforderung, tretet ein in unsere Reihen, damit wir zur nächsten Wahl einen Vertreter unserer Interessen in den Reichstag schicken. Vorwärts sei unsere Parole! Nieder mit allen Mischmasch-Parteien, nieder mit der einen reaktionären Masse! Hoch die Sozialdemokratie!  
Die Genossen von Gaarden.

**Bromberg, 7. Januar.** Wie an vielen Orten, so hat auch hier der letzte Wahlkampf Manchem die Augen geöffnet. Arbeiter und Handwerker! Ihr habt viele Reden gehört, aber was sagten alle diese Schönwäcker? Sagten sie nicht Alle wie Hoffmann von Fallersleben:

Gern will ich sein ein Kathol, verlangt nur keine That,  
Ich bin Familienvater, und auch Scheimerath,  
Doch ein Familienvater, der Punkt ist delikater,  
Doch noch viel delikater ist ein Scheimerath."

Und sie haben es glücklich soweit gebracht, daß ein Scheimerath gewählt wurde. Was sagt ihr nun dazu, wie schön vertritt der uns Proletarier? Seht ihr jetzt, weshalb der Landrath die Wahlleistungen und Zettel durch Polizei und Gendarmen aus den Häusern holen ließ? Seht ihr jetzt, was es für einen Zweck hatte, daß der Inspektor Kolath hier bei Handwerker Haussuchung hielt, und von braven Frauen unter Knödeln der sofortigen Verhaftung es erzwingen, daß sie vor diesem Lump den Busen öffnen mußten, damit er sehen könne, ob sie nicht vielleicht verbotene Schriften versteckt hielten. Und wie inbald die Polizeiverhaftung, als es endlich gelang, einige alte Zeitungen zu finden, welche obendrein jetzt doch wieder zurückgegeben werden mußten. Was erwartet ihr nun von diesen Vaterlandsfreunden, an deren Spitze der Hauptmann Schneider steht, und zu deren Fierden Kubiteur Simon und Zeichenlehrer Wolf gehörten? Brauchen wir noch zu erzählen, wie die Verhaftungen sich eines schönen Tages erschossen aus Furcht vor den Folgen ihres — Patriotismus, wie aber Schneider, der nun aussagen konnte, was er wollte, weil seine Komplizen stumm, recht brav begnadigt worden? Wähler Bromberg's, wir wollen diesen Helden ein Denkmal setzen in unserem Kopfe und darunter den Namen des General-Schwindlers, Stadtraths und Herrenhausmitglieds Belsites schreiben, welcher jetzt hier in Gefängniß Landesgemäß in seinem eigenen Bette schläft, aus seiner Küche ist, Zeitungen liest und Zigarren raucht, nach echter deutscher Reichsgerechtigkeit.

Und gehört dieser Belsites nicht wieder zu den Edlen, welche hier am Orte nach den Attentaten auf unschuldige Menschen einschlugen? Seht und hört ihr sie nicht, wie seine Kollegen in allen Lokalen auf die Abgeordneten der Arbeiter, auf Alles, was sozialdemokratisch ist, schimpfen, ist nicht jede Nummer vom „Tageblatt“ voll von Gemeinheiten gegen die Arbeiterpartei? Freilich, dieser Eifer hat seine tiefen Ursachen, und über diese wollen wir Euch im nächsten Brief mehr sagen.  
Laura a. d. Weichsel.

**Bremen, 4. Februar.** Bei den beiden noch ausstehenden Bürger-schafts-Wahlen sind wir in einer unterlegen, in der andern glänzend als Sieger hervorgegangen. Unser Genosse Karl Wohler jr. erhielt sogar 219 Stimmen, während seine konservativer Gegner nur auf 138 Stimmen kam. Bisher hat noch nie ein Bürgerchaftskandidat eine solche Stimmenzahl, wie Genosse Wohler bekam, erhalten.

Won kann hieraus ersehen, wie sehr uns das famose Sozialistengesetz ohne Ausnahme auch bei uns hier seine erzieherischen Wunder übt. Ja, ja, wir bessern uns täglich. — Jd.

**Aus dem Wahlkreis Westhaveland, 2. Februar.** Vor Allen ein donnerndes Hurrah unserm eifrigsten Vertreter des Parteiorgans, dem Herrn Reichspigel, Minister Erzelenz von Puttkamer in Berlin! Derselbe hat im Reichstag aus Nr. 4 des „Sozialdemokrat“ die allein richtige Anschauung und Beurtheilung vom Kumpf-Attentat vorgelesen, welche auch wir theilen.

Als Nachklänge von der Wahl kommen wir jetzt aus Terminen und Verböden gar nicht heraus. Alles wegen des Wahlmanifestes. Die Berichte haben offenbar Anweisung, die Agitation in unsern Reihen noch zu halten, damit ihre „soziale Reformpolitik“ auf „geringem Verständnis“ in den Massen sicher rechnen kann. So ist's recht, wir wollen vorwärts, und der Wind bläst in unsere Segel!

**Dhlan, 5. Februar.** Am 3. Februar hat in der Gebr. Deter'schen Cigarrenfabrik ein Arbeitsausschluß stattgefunden. 136 Personen sind dadurch erwerbslos gemacht. Die Stimmung der Ausgeschlossenen ist eine feste, entschlossene, und hoffen dieselben im Kampf gegen das Kapital zu siegen, wenn die Arbeiter allerwärts ihr Scherflein dazu heuern.

Die in Dresden bestehende Kommission hat es für gerecht befunden, daß die betroffenen Arbeiter, auf dreimalige Aufforderung des Fabrikanten hin, die Arbeit niederlegten. Näherer Bericht folgt. Einmalige Unterstufungen sind zu senden an:  
Karl Halleck, Restauration zur goldenen Sonne.

Alle arbeitervreundlichen Blätter werden um schleunige Weitergabe dieser Mitteilung gebeten.

**Leipzig, Anfang Februar.** Unsere Parteigenossen im 12. und 13. Wahlkreis Stadt und Land Leipzig haben sich ebenfalls mit der Stellung unserer Partei zur Dampfersubventionsvorlage befaßt und ist in allgemeiner Urabstimmung beschlossen worden: 1) Daß die Parteigenossen im 12. und 13. sächsischen Wahlkreis die Bewilligung von Reichsmitteln für eine Dampferlinie als eine Prinzipienfrage ansahen und die Partei von ihrem Standpunkt aus eine solche Subvention nicht bewilligen dürfe; 2) Daß die Partei jeder Schacherpolitik, wie sie durch den Vorschlag in Nr. 3 des „Sozialdemokrat“ vorgeschlagen werde, auf das Entschiedenste zurückweisen müsse; 3) Daß die Parteigenossen von Leipzig Stadt und Land hoffen, die Fraktion werde sich verdingen und geschlossen gegen die Dampfersubventionsvorlage stimmen. Die angenehmen Resolutionen sind der Fraktion zur Kenntniznahme mitgetheilt worden.

**Aus Mittelddeutschland.** (Was man sich in Frankfurt erzählt.) Bekanntlich erlich der hiesige Polizeipräsident eine Todesanzeige, daß es „dem Allmächtigen gefallen habe, den Polizeirath Kumpf zu sich zu nehmen“ (wörtlich getreu). In einem Café kam nun kürzlich zwischen einem Genossen und einem Fremden ein Gespräch in Frage, in welchem folgende Episode vorkam:

Fremder: „Was halten Sie von der Kumpf'schen Affäre?“  
Genosse: „O die gefällt mir ganz gut! Unser Polizeipräsident hat ja annoch, es habe dem Allmächtigen gefallen, und es wäre doch sicher eine Empörung, wenn uns das, was dem „Allmächtigen“ gefällt, nicht auch gefallen würde, denn wir leben ja doch im deutsch-christlichen Staate!“

**Tableau!**  
Kumpf soll übrigens ein überaus netter Mensch gewesen sein. Mit Allen, die unter ihm waren, redete er stets nur per „Er.“ Um seine „großen politischen Erfolge“ (9) zu erzielen, bediente er sich der gemeinsten Lumpen und Louis, wie auch der ordinärsten Huren. Beweise haben wir zu Duzenden. Und solche Leute vertheidigt und dotirt ein — Puttkamer! Wahlich eine saubere Gesellschaft!

So die Genossen in Frankfurt.  
Nachschrift: Allgemeine Vertheidigung rüst die Stellung des „Sozialdemokrat“ in Sachen der Dampfersubventionsvorlage hervor.

### Entscheide Dich!

Es tobt der Kampf jetzt allerwärts  
Bei Deutschen, Briten, Franken,  
Entscheide Dich, Du Männerherz,  
Du darfst nicht länger schwanken!  
Mit Deinem Bollen halte Rath,  
Geoffnet sind die Bahnen;  
Gerüset rings die Feinde seh'n —  
Run such' Dir Deine Fahnen!

Für Vorrecht und für Gesehnacht  
Siehst Du die inen streiten.

Sie wollen dreh'n mit aller Macht  
Zurück das Rad der Zeiten.  
Sie stützen auf die Bibel sich  
Und auf Geburt und Ahnen,  
Und wie ein schwarzes Leidentuch  
Weh'n täglich ihre Fahnen.

Da seh' ich eine and're Schar  
Nach Recht und Freiheit lungern —  
Nach Recht und Freiheit für das Geld;  
Der Proletar mag hungern.  
Ihr Recht und ihre Freiheit ist  
Ein Ei von einem Fahnen.  
„Für uns den Lohn, für Euch die Müß!“  
Ist Loosung ihrer Fahnen.

Und dicht gedrängt, in heil'gem Ernst,  
Steht dort das Volk der Gasse;  
Es fordert Freiheit, Gleichheit, Recht:  
Es fordert Brod die Masse.  
Sie kümmert um das Gold sich nicht,  
Um Bibel nicht und Ahnen —  
Der Kampf ruft schallt und vorwärts stürmt  
Das Volk mit seinen Fahnen!

Entscheide Dich, Du Männerherz,  
Du darfst nicht länger schwanken!  
Entscheide Dich und tritt mit mir  
Voll Kampflust in die Schranken!  
Ich hoffe Vorrecht, Glaubensstrug,  
Geld sperrt mir nicht die Bahnen —  
Dort wo das Volk der Armuth kämpft,  
Da weh'n auch meine Fahnen!

R. L. Kar.

## Sprechsaal.

### In Sachen der Dampfersubvention.

„An die Redaktion des „Sozialdemokrat“ und an die Abgeordneten der sozialistischen Arbeiterpartei im deutschen Reichstage!  
Resolution.

Nach eingehendem Referate und Diskussion über „die Dampfer-Subvention und die Stellung der Sozialdemokratie“ erließ die Delegatenversammlung des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins vom 31. Januar 1885 in der Dampfersubvention nur einen Theil der deutschen Kolonialpolitik, das Ganze aber nur als einen Verband auf die Wunde der bankrotteten kapitalistischen Gesellschaft, deren Bestand zu verlängern das um seine Emanzipation ringende Proletariat keine Veranlassung hat.

Die Versammlung, in welcher alle Redner für den Anschluß an die Resolutionen der Jücker und Pariser Genossen eintraten, erwartet von den Vertretern des Proletariats im Parlamente nur noch eine feste, klaffenbewußte Stellung gegenüber der tyrannischen Ausbeutergesellschaft.

Die Genossen in London.

Auch die Genossen in Brüssel haben in einer am 2. Februar stattgehabten Versammlung im gleichen Sinne resoliert.

## Warnung.

Vor dem früher in der Ernst'schen Buchdruckerei in München beschäftigt gewesenem Kadreider **Martin Baverlein**, der sich als schurkischer Denunziant erwiesen hat, sei hiermit des Nachdrücklichsten gewart.

Baverlein ist früher Unteroffizier gewesen, Kriegsveterinär, und scheint jetzt Vigilant zu sein.

Signalement: Jagere Figur, lauernde Augen, eingefallenes Gesicht, Monder, langer Schnurbart. — Also Vorsicht!!!

Die Münchener Genossen.

Der Schwindler und Heutelschneider **Seidler du Resnail**, vor dem in Nr. 6 des „S.D.“ gewarnt wurde, sucht unser „fernere Stillschweigen“ durch solander briefliche Leistung zu erpressen, die wir veröffentlichen, um die volle Berechtigung unserer Warnung weiter darzutun.

Bemerk sei noch, daß Seidler bereits vor Erlaß unserer Warnung unter ausdrücklicher Berufung auf unseren Genossen Dr. Br. Schönlan in München und solche in Stuttgart hiesige Journalisten und Schriftsteller abzuklopfen versuchte, zu gleicher Zeit aber die Unverschämtheit hatte, einen hiesigen Genossen in einem Restaurationslokal — ohne jede Veranlassung — als „Dynamitbruder“ zu insultiren.

Der Brief lautet wörtlich:  
„Ich theile Ihnen mit, daß wenn Sie noch einmal sich erlauben, gegen meine Person im Sozialdemokrat Angriffe loszulassen ich nicht ermannelt werde in Anbetracht der niederen Natur solcher Angriffe, deren Autor ich in einem ziemlich berühmten Individuum (welche Orthographie!) zu kennen glaube, der Verdämlungen und Behauptungen die jeder Vagabund entwerfen, daß zu thun was ich in diesem Falle als einzig maßgebend erachte.“

Ich warne Sie hiermit und will den Vorfall ignoriren, kommt mir aber das Gerinaste vor, so suche ich Sie auf und will danach nicht verfehlen, den Behörden das Bekant zu geben, was mir der R.A. Grillenberger außer einer Empfehlung mitgetheilt hat — laum für die Partei günstig.  
Dies mein Wort.

Der Lehn. Seidler du Resnail  
Zürich.

Poststempel: 8/II. 85.

## Wahrhaft.

Noch sind die Kränze auf dem Grabhügel unseres Genossen Schmidt nicht verweltet und schon wieder hat der Tod einen unserer thätigsten Genossen aus unseren Reihen gerissen. Am 15. Januar starb nach längeren Leiden der Bandwirthler

Wilhelm Wengel

in fast vollendetem 36. Lebensjahre.  
Wengel stand in dem großen Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse in den vordersten Reihen. Mit der Ehrlichkeit und Grabsheit seines Charakters verband er eine unermüdete Energie, die selbst dann nicht erschlich, als ein langjähriges Wagniß ihn auf's Krankenlager warf. In der letzten Wahlkampagne hat er seine ganze Kraft in den Dienst der Partei gestellt.

Welcher Achtung der Verstorbene unter den Arbeitern sich erfreute, davon zeugte sein Leichenbegängniß, an welchem Tausende von Rath und Fern theilnahmen.

Exoratio aliqua nostris ex ossibus ultor!  
Barmen, den 23. Januar 1885.

Die Genossen von Barmen.

## Briefkasten.

der Redaktion: Görlitz, Segefaß, Leipzig, Merseburg: In nächster Nummer. — A. Heims in Palma: Die gleichen. Besten Dank und Gruß. — S. B. in London: Wir hoffen Sie mit unserer Roth einverstanden, andernfalls würden wir uns allerdings für verpflichtet halten, Ihrem Wunsch zu entsprechen.

der Expedition: Nova: Archivalien in 2 Bf. Bd. erf. — (— 500.); Nr. 5 — Ab. 1. Du. u. 2. Bf. erf. — Jbb. Bienne L. Gt: Nr. 250 Ab. 1. Du. erf. — Otto Born. Jammertal: Nr. 72 45 — Cto. Ab. u. Schf. erf. Ggr. und in 47 fehlende 90 Bf. gutgebr. — Feuerländer: Nr. 40 — Cto. Ab. pr. Ggr. gutgebr. Bf. Weiteres. — A. A. Salzstadt: Nr. 6 — Ab. 1. Du. erf. Schf. u. Nota fort. A. Kofel 80 Bf. — J. R. B. G.: Nr. 15 — Ab. 1. Du. u. Cto. 2. Du. (3 Bf.) erf. — Dreifuß in L.: Nr. 78 — Ab. 1. Du. u. Schf. und Nr. 25 05 Ggr. gebucht. Weiteres nach Vorschr. Reklamirtes prompt fort. — Kofel Teufel: Nr. 11 60 Ab. 1. Du. R. F. D. erf. Weiteres Bf. dorthin unzulässig. Bf. folgt. — Lübeck: Nr. 30 — pr. Bf. d. erf. — Kofel Gaujo: Nr. 1 — pr. Bortojuklog erf. Bf. Weiteres. — B. Schf. Nr. 3 — Ab. 1. Du. erf. — J. L. D. a. R.: Nr. 6 — Ab. 1. Du. erf. — Beilgenstein: Nr. 50 — Cto. Ab. 1. u. 2. pr. Bf. erf. — M. P. Rg.: Nr. 23 50 Cto. Ab. ic. übermittelte erf. — Ahasuerus: Nr. 15 — Ab. B. A. St. pr. Ggr. vngemerkt. Weiteres nicht besorgt und erwartet. — Der Bekantete: Nr. 210 — Cto. Ab. neß Ggr. gutgebr. Bf. Weiteres. — Kemport, Bahndirektor der Schlefier: (Doll. 11 50) Nr. 58 25 für Breslau d. erhalten und angewiesen. — Geseftacht: Nr. 18 — pr. Bf. d. erf. — Stettin: Nr. 50 — ic. Cto. gutgebr. Weiteres laut Bf. v. 9/2. — S. A. P. Bf. d. Nr. 3 — Ab. 1. Du. erf. — Kopenhagen: Nr. 15 — B. Beitrag 4. Du. 84 und Nr. 12 — Cto. Schf. erf. Bf. fort. — Liberia: Nr. 1 — Abon. Febr. und Nr. 2 — pr. Bf. d. erf. — R. Bf. Nr. 2 — Ab. Februar u. März erf. — Rüttich Schw.: Nr. 4 — Cto. Ab. erf. — M. S. Hovik: Nr. 250 — Cto. Ab. 1. Du. erf. — J. Bernheim: Nr. 12 — pr. Ab. Cto. erf. Bf. mehr. — Michel Stieber: Nr. 200 — Cto. Ab. ic. erf. Bf. ic. notirt. — Ein Kofel Bf. d. Nr. — 60 f. Schf. u. Porto erf. 40 Bf. pr. Bf. d. notirt. — Schrot: Nr. 8 60 Ab. 1. Du. Sch. u. P. erf. Weiteres Nr. 4 30 pr. 2. Du. Sch. gutgebr. Näheres an G. berichtet. — Rosa Bed.: Nr. 8 90 Ab. 1. Du. S. u. C. u. Nr. 41 20 — Cto. erf. Bf. Weiteres. — L. v. Rain: Nr. 88 40 Abon. 4. Du. erf. — Borkheim Hastings: Nr. 5 — Ab. 1. u. 2. Du. erf. — Nr. 1972: Nr. 3 50 Abon. 1. Du. erf. 50 Bf. Ihnen zukommend. — S. Mary B.: Nr. 2 50 Cto. Bf. pr. Ab. erf. Weiteres mündlich. — S. E. Bita. i. D.: Nr. 12 21 Abon. pr. 1885 erf. — Schf. Nr. — 40 für 2 Gg. S. erf. — Tr. Schf.: Nr. 2 — Ab. 1. Du. erf. — Bf. Nr. 2 — Ab. 1. Du. erf. — Grätzer Thalmeil: Nr. 4 — Ab. 1. Du. 2. Bf. erf. — Kofel Lulu: Nr. 12 80 Ab. bis Ende März erf. Rückständiges abgehandl. — Rübgebil: S. Nr. 38 10 Ab. 1. Du. (zugänglich Einpänner) erf. Weiteres Bf. Separatb. folgte 40 Bf. Straporto, da unfrankirt. Warum? — J. M. i. S.: Nr. 3 — Ab. 1. Du. erf. — S. B. L.: Nr. 3 50 für Schf. erf. Bf. folgt. — Kwalber: Bf. v. 9/2 erf. u. besorgt. — Roricensis: Bf. am 10/2 erf. Weiteres demnachst. — Gänseleber: Bf. v. 7/6 erf. Bf. ic. vngemerkt. — h.: Gut. Ab. gelöst. — Holland: Nr. hier. Bf. v. 4/2. desgl. Bf. mehr. — Ferd.: Bf. v. 7/2 erf. — Baron Judger: Bf. am 8/2 hier. Weiteres folgt.

### An unsere Korrespondenten.

Wir bitten in jedem Brief u. l. w. stets deutlich anzugeben, welche Briefe, Sendungen u. l. w. bis zu Abgang eingetroffen waren. Bei Adressänderungen, Adressänderungen und dergleichen ist unbedingt Vorkehrung zu treffen, etwa Lausendes in sichere Hand zu legen. Alle Adressänderungen bitten wir in Deutsch- und Lateinschrift (beide Kontrolle) deutlich zu schreiben. Dedressen oder deren Angehörige sind zur Ablieferung sofort nach Empfangnahme strengstens anzuhalten.

### Expedition des Sozialdemokrat.

### Fritz Eiser,

Schreiner aus Schwäbisch-Hall, zur Zeit in Baltimore (7), wird freundlich gebeten, seine Adresse umgehend an seinen Bruder gelangen zu lassen.  
[— 80] R. K.

## Zürich

Samstag, 14. Februar, Abends 8 Uhr, im Saale des Restaurant Widdet, Rennweg.

### Geschlossene

### Versammlung der deutschen Sozialisten.

### Tagesordnung:

Wichtige Parteianglegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Lokalausschuß.

Im Verlage der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich ist erschienen:

## Vorwärts!

Eine Sammlung von Gedichten für das arbeitende Volk.

In 4—5 Lieferungen à 50 Cts. — 40 Bf.

### Heft 3.

Enthaltend die besten revolutionären Gedichte von Ferd. Freiligrath, Herwegh, Heib, Heine, Heiler, der französischen Arbeiter, Dichter und vieler Anderen.

Vollständigste Gedicht-Sammlung sozialdemokratischer Tendenz.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Im Verlage der Volksbuchhandlung ist erschienen und durch Unterzeichneter zu beziehen:

## Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats.

Von

Fr. Engels.

Billige Ausgabe.

Diese bedeutende, 148 Seiten starke Schrift kostet bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren Fr. 1 — (80 Bf.) netto pr. Exempl.; bei Bezug von weniger als 5 Exemplaren stellt sich der Preis auf Fr. 1 25 (1 M.).

Porto extra.

Zahlreiche Bestellungen sehen entgegen:

Volksbuchhandlung und Expedition des „Vorwärts“  
Hottingen-Zürich.

### Sozialistische Arbeiterpartei Amerika.

### Sektion New-York.

Sitzung des Zentralkomitees jeden Freitag Abends 8 Uhr in Lincoln Hall, Ecke Allen und Houston Street.  
Jeden Samstag finden Versammlungen statt. Näheres siehe „New-Yorker Volkszeitung“, besonders Freitags und Samstags.

Schweizerische Genossenschafts-Buchdruckerei Hottingen-Zürich.